

Er scheint täglich außer Montags. Preis prämumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark 50 Pf. Monat. Einzeln. In der Post-Zeitungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile ober deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Veranlassungs-Kosten 30 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508
Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 17. Juli 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Ueyploche.

Schwer ist es, eine neue Idee zu erfinden unter dieser wechselnden Sonne. Mit bekannten Dingen grüßt uns so manches an, das uns als funkelndneue Geisteserrungenschaft angepriesen wird. Nichts wiederholt sich aber mit so beharrlicher Regelmäßigkeit als die Quacksalber mit ihren Quacksalbermitteln. Mit jedem Menschenalter wird uns der alte muffige Trödelkram des Spiritismus, frisch abgestaubt und aufgeschminkt, von hysterischen Halbbarren als große Geisteserrungenschaft vorgeführt, und was jetzt die Propheten des Agrarierthums über die Noth der Landwirtschaft, richtiger der Großgrundbesitzer, auf allen Märkten und Plätzen ansprechen, das ist in etwas modernisierter Zubereitung ein alter Kohl, wie ihn im Anfang unseres Jahrhunderts schon die Ueyploche und Uranke unserer Großvätern aufgetischt haben.

Das Verdienst, dafür aus historischen Quellen den Nachweis zu erbringen, haben sich die „Grenzboten“ erworben mit einer Abhandlung über „Agrarische Sünden vor hundert Jahren.“ Bei Beginn unseres Jahrhunderts war durch günstige Marktverhältnisse eine bedeutende Steigerung der Güterpreise insbesondere in den heute Ostelbien genannten preussischen Provinzen eingetreten. Eine gute Schilderung der wirtschaftlichen Zustände Pommerns und Mecklenburgs zu Ende des vorigen Jahrhunderts giebt Ch. E. Langenthal in einem in Raumer's Historischem Taschenbuch (4. Folge, 4. Jahrgang, 1868) veröffentlichten Aufsatz: „Geschichte der deutschen Landwirtschaft in Verbindung mit der allgemeinen Geschichte von 1770 bis 1850.“ Er schreibt da unter anderem:

„Bekanntlich begann die französische Revolution in einem theueren Jahre. Die Fruchtpreise blieben aber auch in den nächstfolgenden Jahren fortwährend sehr hoch, weil die Unruhen Leben und Eigentum unsicher machten. Man hatte wenig Lust, das Feld zu bauen. Der Acker wurde meist nur schlecht bestellt, ein großer Theil blieb sogar brach. Frankreich bedurfte daher einer bedeutenden Zufuhr an Frucht, und die hohen Preise ermöglichten für Deutschland einen starken Weizenexport. . . Die starke Kornausfuhr wirkte auf alle norddeutschen und rheinischen Kornmärkte zurück, überall begann die Frucht im Preise zu steigen, ein Umstand, der wiederum die rasche Verbreitung des neuen Kultursystems sehr beförderte. Also wirkte die französische Revolution anfangs gar nicht ungünstig auf die materiellen Zustände Deutschlands zurück. Indessen zogen Mecklenburg und Schwedisch-Pommern, die den größten Nutzen von der Getreide-Ausfuhr haben sollten, gerade den allergeringsten Vortheil davon. Bauern giebt es in beiden Ländern eine bloß unbedeutende Zahl, also kann in bezug auf landbesitzende Bevölkerung fast nur von Gutsbesitzern die Rede sein. Diese, obgleich in geistlicher Beziehung ziemlich gebildet, hatten damals dennoch im ganzen nur einen niederen Grad von Intelligenz. Sie benutzten allerdings den vor-

theilhaftigen Export recht gut, sahen sich auch bald im Besitze einer Menge von Geld, wendeten es aber nur zum größern Glanze ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse an.“

Die gesteigerten Güterpreise führten zu einem umfangreichen Besitzwechsel und zu einer gewaltigen Güterspekulation. Spekulant und Gutsbesitzer wurden dabei gleichzeitig Lobredner der Theuerung der landwirtschaftlichen Produkte. Darüber spricht sich der Verfasser eines 1810 erschienenen Buches „Der Güterhandel und seine traurigen Folgen“ in einer bereits 1805 geschriebenen Vorrede aus:

„Um der Theuerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse das Wort zu reden, finde man folgende Aufstellung am gewöhnlichsten: „Theuerung befördert den Güterwerth, folglich die Güterpreise; je höher die Güterpreise steigen, desto mehr wird auch der Güterwerth und daher auch der Güterhandel befördert, und je mehr sie fallen, desto tiefer sinkt ihr Werth, dadurch aber wird die Agrikultur schlechter. Um daher die Grundbesitzer theuer gekaufter Grundstücke zu erhalten, müssen theure Getreidepreise bleiben, damit auf solche Weise zugleich die Kultur befördert werde. Diese zwei Erscheinungen: höhere Kultur und Theuerung, die man in unsern Tagen so sonderbar zusammengestellt findet, hätten Männer von Einsicht schon längst zu einer nähern Untersuchung dieser Wundergestalt führen sollen. Weil sie aber durch den Eigennutz stets vertheidigt wurde, und die Vertheidiger wie ein zweiter Proteus sich bei jedem Angriff in neue Gestalten verwandelten, der Angreifende auch keine Waffen, sie mit Glück zu fesseln, in Händen hatte, indem durch die immer höher steigenden Preise der Grundstücke und durch das zugleich dadurch anwachsende Vermögen einiger dabei Reichgewordenen gewissermaßen der Beweis, daß dies durch die verbesserte Kultur bewirkt worden sei, für die Wahrheit der Sache geführt zu sein schien, so blieb es unentschieden, ob man gleich durch inneres Gefühl überall in diesen Erscheinungen lauter Widersprüche fand. Hierzu kam, daß alle die, die einige Kenntniß von Oekonomie besaßen, größtentheils auch ein Interesse an den theuren Preisen fanden und daher leicht ihre Gegner mit dem Vorwurf, daß sie nichts davon verstanden, wie mit dem Schilde der Minerva versteinerten und zum Schweigen brachten.“

Diese Verherrlichung der theueren Preise durch die Grundbesitzinteressenten wurde nun besonders laut, als nach der agrarischen Blüthezeit gleichzeitig mit dem preussischen Staatskrach bei Jena auch ein wirtschaftlicher Krach eintrat. Die Zeit der Trübsal währte infolge der fortbauernenden Kriege Jahre lang. Die preussischen Großgrundbesitzer waren auf Einnahmen beschränkt, die mit ihren durch die hohen Güterpreise eigentlich nur „künstlich herausgerechneten Vermögen“ und mit ihren entsprechenden Ansprüchen an Lebenshaltung nicht im Einklang standen. Da verlangten sie, der Staat solle ihnen helfen. In ihrem Wortführer machte sich Herr v. Bülow auf Cammerow, der

im Januar 1814 seine famose Schrift herausgab: „Ueber die Mittel zur Erhaltung der Grundbesitzer zur Rettung des Kapitalvermögens des Staates und zur Ausgleichung der Grundbesitzer und ihrer Gläubiger.“ Er wies ganz entschieden den Gedanken zurück, daß nach gewissenhafter Berechnung der Staat den Grundbesitzern die wirklich im Kriege gebrachten Opfer aus Staatsmitteln ersetzen solle, er verlangte ganze Arbeit. Durch eine große Nationalbank, zu deren Fundirung in erster Linie der Staat seine Domänen und Forsten in dem nöthigen Umfange veräußern sollte, wollte er erreichen, „daß wir den Gutsbesitzer mit seinem Kreditör völlig auseinandersetzen — alle Schulden des ersteren mit Pfandbriefen bezahlen, welche bei einem der zu bildenden Fonds als dem Nominalwerth ganz nahe zu versilbern sind.“

Herr von Bülow, bemerken dazu die „Grenzboten“, ist durch seine Schrift der Vater des Agrarierthums des neunzehnten Jahrhunderts geworden und hat für diese Leistung noch im Frühjahr 1814 eine Kritik erfahren, wie sie das, was er damit ins Leben gerufen hat, verdient. Am 13. April 1814 schickte der Minister Graf Alexander von Dohna-Schlobitten an seinen Freund und Landsmann Theodor von Schön von Berlin aus das Bülow'sche Buch mit folgendem Begleitschreiben:

„Anbei folgt ferner ein erbärmliches Nachwerk des Herr von Bülow auf Cammerow, das deshalb wichtig ist, weil es auf offizielle Veranlassung erschienen zu sein scheint, und weil es in Berlin ungeheuren Beifall findet. Es ist doch gar zu hübsch, so ohne alles Zutun, gleichsam im Schlafe, in einem Nu alle seine Schulden los zu werden. Uebrigens gewährt die Manscherei mit den Domänen-Vorwerken und Forsten, sowie alle Operationen der Nationalbank für die Herren, die solche Zwischen die Finger bekommen, eine erwünschte Gelegenheit zum Jüdeln, Filouteriren und Tripoteriren.“

Und in einem späteren Briefe schreibt er: „Die Bülow'sche Schrift findet den höchst möglichen Beifall bei der unendlich zahlreichen und über alles mächtigen Klasse von Bankrottens und Glückhütern; erstere wollen urplötzlich alle ihre Schulden quitt und los sein; letztere hoffen bei Ausführung des Bülow'schen Gewebes, wie solches auch nicht fehlen kann, sich artig zu bereichern.“

Hat diese Charakterisirung der Ur-Ploche und ihrer Schliche nicht eine frappante Porträthähnlichkeit?

Politische Uebersicht.

Berlin, 16. Juli.

Presstünder im Gefängniß. Wir theilten vor einiger Zeit nach einem Artikel des Harburger Volksblattes mit, daß dem Redakteur des Volksblattes für Harburg, Genossen K a u s s m a n n, der wegen Militärbeleidigung zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden war, im Gefängniß zu Hameln die Selbstbeschäftigung

seiner Stimme die Ausdrückungen und Bemerkungen, mit denen jeder sich an seinen Nachbar geübelt hatte, verstimmt. „Seid Ihr ohne Hoffnung? Verspricht Euch das Gemälde, das Euren traurigen Zustand darstellt, keine Rettung? Seht, über jener stürmischen See eröffnet sich der Himmel, und Gott in seiner Majestät steigt glorreich, wie zum Gericht, hinab; und in den Strahlen, die den Geist Gottes umgeben, seht Ihr zwei flammende Schwerter, und auf diesen Schwertern stehen zornig, aber als Beschreier, die beiden Schutzheiligen, die beiden Beschützer Eurer Stadt! Römisches Volk, lebe wohl! die Parabel ist beendet!“

Zehntes Kapitel.

Geraufbeschworene Geister und das sich ankündigende Verhängniß.

Während dieses Schauspiel in den Umgebungen des Kapitals sah immerhalb desselben in einem Zimmer des Palastes die Hauptperson, der Urheber der Aufregung, Umgeben von seinen ruhigen Schreibern, schien Neuzi ganz in die unbedeutenden Kleinigkeiten seines Berufsgeschäftes verjunten. Während das Murren und Summen, das Schreien und Stampfen der Menge sich gegen sein Zimmer bewanderte, schien er es garnicht zu beachten, oder sich in seinen Arbeiten stören zu lassen. Mit der ununterbrochenen Regelmäßigkeit eines Automaten fuhr er fort, mit den deutlichen und schönen Schriftzügen jener Periode die verdammenden Figuren in sein großes Buch einzutragen, die ihn besser als öffentliche Reden über die an dem Volke verübten Betrügereien belehrten und ihm jene Waffe — Thatfachen — in die Hand gaben, welche der Mißbrauch so schwer zu pariren hat.

„Pagina 2, Volumen B“ — sagte er in ruhigem Geschäftston zu den Schreibern — „seht dort die Einnahme aus den Abgaben auf das Salz nach Section No. 3 — sehr gut. Pagina 9, Volumen D — wie viel hat der Einnahmer Besobaldi berechnet? — Was? —

29]

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

„Sprecht lauter — lauter!“ schrie die ungeduldige Menge; „stille!“ die, welche Pandulfo zunächst standen, „der würdige Signor spricht ganz verständlich.“

Inzwischen waren einige von den Besonnenen in eine Bude auf dem Marktplatz gedrungen und brachten einen rohen Fisch daher, von welchem aus sie Pandulfo zum Wolke zu reden baten. Der bleiche Bürger sah sich mit einiger Verlegenheit, denn er war kein gelibter Redner, in die Nothwendigkeit versetzt, einzuwilligen; als aber seine Blicke über die große, athemlose Menge hinschweiften, ermutigte und begeisterte ihn seine eigene innige Theilnahme an ihrer Sache. Feuer sprühte aus seinen Augen; seine Stimme scholl mächtig an und sein gewöhnlich auf die Brust gefestetes Haupt erhob sich stolz.

„Ihr seht in dem Gemälde vor Euch,“ begann er, „eine große stürmische See; auf ihren Wogen erblidt Ihr fünf Schiffe; vier derselben sind bereits Wracks, ihre Masten zersplittert, die Wellen treiben durch die auseinandergerissenen Planken, es ist keine Hilfe und Hoffnung mehr. Auf jedem dieser Schiffe liegt die Leiche eines Weibes. Seht Ihr nicht in den erstorbenen Jüngen und starken Gliedern, wie treu der Künstler die Farben und das Wesen des Todes wiedergegeben hat? Ueber jedem dieser Schiffe lieft man ein Wort, welches das Geheimniß andeutet. Dort seht Ihr den Namen Carthago's; die andern drei sind Troja, Jerusalem und Babylon. Auf diese vier bezieht sich eine gemeinschaftliche Inschrift: „Die Ungerechtigkeit war unser Verderben!“ Nichtet seht Eure Blicke auf das fünfte Schiff; Ihr seht es dort in den Wogen schwanken mit gebrochenem Mast, ohne Steuerruder, mit

zerrissenen Segeln, aber noch kein Wrack, wie die andern, obgleich es bald dasselbe Schicksal theilen kann. Auf dem Verdeck kniet ein Weib, in Trauer gekleidet; bemerkt den Schmerz, der sich in ihren Jüngen ausdrückt, wie meisterhaft hat der Künstler dessen Tiefe und Verzweiflung dargestellt! Sie streckt betend die Arme aus, sie erstet Eurem und des Himmels Beistand. Beset nur die Ueberschrift: „Dieses ist Rom!“ Ja, es ist Euer Vaterland, das in diesem Gleichniß zu Euch spricht!“

Die Menge drängte sich hin und her, und ein tiefes Gemurmel folgte dem allgemeinen Stillschweigen, welches sich bis dahin behauptet hatte.

„Seht,“ fuhr Pandulfo fort, „richtet Eure Blicke auf die rechte Seite des Gemäldes, und Ihr werdet die Ursache des Sturmes sehen, Ihr werdet sehen, weshalb das fünfte Schiff so in Gefahr ist, weshalb die andern zu Wracks geworden sind. Seht vier verschiedene Arten von Thieren, die aus ihren schrecklichen Nischen jene Winde und Stürme hervorblasen, welche die See peitschen und aufregen. Zuerst die Löwen, die Wölfe, die Bären. Dieses sind, wie die Inschrift euch belehrt, die gewaltthätigen Gebieter des Staates. Dann die Hunde und Schweine, die bösen Rathgeber und die Schmaroher. Drittens seht Ihr die Schlangen und die Fische, dieses sind die ungerechten Richter und Notarien, und die, welche Handel mit der Gerechtigkeit treiben. Viertens erblidt Ihr in den Hasen, den Ziegen, den Affen, die den Sturm mit erregen helfen, die das Volk Bestehenden und Wordenden, die Ehebrecher und Räuber. Habt Ihr seht, o Römer, den Sinn des Räthsels begriffen?“

Fern in ihren befestigten Palästen hörten die Savelli und die Orsini den Wiederhall des Geschreies, welches die Frage Pandulfo's beantwortete.

„Habt Ihr denn keine Hoffnung mehr?“ fuhr der Gelehrte fort, als der Lärm aufhörte, und auf den ersten Ton

verweigert und er obendrein geschoren und in Handschellen zu einer Vernehmung nach Harburg transportiert wurde. Leider ist diese Thatfache auf bürgerliche Kreise fast ohne Wirkung geblieben. Bis auf ein einziges bürgerliches Blatt, die „Berl. Volksztg.“ haben nur sozialdemokratische Zeitungen davon Notiz genommen. Bürgerliche Redakteure finden es augenscheinlich völlig in der Ordnung, daß ein wegen einfacher Beleidigung verurtheilter sozialdemokratischer Redakteur schlimmer behandelt wird als ein Wechselfächler oder Gauner ähnlichen Schlages. Jetzt kommt aus Dortmund die Nachricht, daß dort dem Genossen W. L., dem wegen Majestätsbeleidigung zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilten Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“, bei Antritt der Haft gleichfalls die Selbstbeschäftigung verweigert wurde. Das hat denn doch wenigstens ein bürgerliches Blatt in Harnisch gebracht. Es ist das die „Märkische Volkszeitung“, die heute in bezug auf die Behandlung W. L.'s schreibt:

„Es scheint demnach wahrscheinlich, daß die Qualifikation eines Gauners für den Redakteur nicht zu gering ist, um die unerbittliche Behandlung eines Redakteurs, der nun gezwungen ist, mit gemeinen Verbrechern, Todtschlägern und Räubern Stroch zu spinnen und Latat zu zupfen, muß den Unwillen aller billigen Denkenden hervorrufen. Jüdische Schwindler, lächerliche Barone, die ihr väterliches und mütterliches Erbschaftsvermögen und dann anderer Leute Geld gekloppt haben, grüne Jungen, die als Korps-Studenten im Duell andere Studenten sog. 'Kameele', erstochen, Offiziere, die ihre besondere 'Ehre' gefund schießen durch den Mord eines anderen, der sehr häufig der Beleidigte und Getränkte war — alle diese werden tausendmal besser behandelt, als ein Redakteur, der für seine Uebersetzung mit Entschiedenheit eintritt und sich das Mißfallen irgend einer Behörde zuzieht. Aber während die jungen rauschtigen Herren Studenten und die Herren Offiziere auf 'Festung' kommen, völlige Bewegungsfreiheit haben, in der Stadt und im festungsgebiet spazieren gehen dürfen, sich nach ihrem Willen beschäftigen können, erwartet den Mann der Feder, der kein Verbrechen begangen hat und der nur so kühn war, allzu offensündliche Mißstände zu kennzeichnen — den Mann erwartet der Verbrecherrath, er wird in Reich und Mied gestellt mit dem Mörder und Räuber, hat als Zellengenossen Strolche und Diebe, Menschen, die oft mit den ekelhaftesten Krankheiten behaftet sind und als Nahrung erhält er blauen Heinrich und Kumpfsch. Diese schreiende Ungerechtigkeit darf nicht weiter bestehen!“

Sehr wahr gesprochen. Wir sind nur gespannt darauf, welchen Wiederhall dieser Appell an die Ehre in bürgerlichen Kreisen finden wird.

Vermehrung von Religionsstunden. Der Kultusminister Dr. Bosse hat genehmigt, daß innerhalb des Regierungsbezirks Opperln in allen zwei- und mehrklassigen katholischen Schulen mit Vorkursunterricht fortan auf der Mittel- und Oberstufe fünf Religionsstunden statt der bisherigen vier Stunden erteilt werden. Dafür soll dem Unterricht in Naturkunde auf der Mittelstufe künftig nur eine Stunde wöchentlich gewidmet werden. Die Kreis-Schulinspektoren sind angewiesen, die Lehr- und Stundenpläne alsbald entsprechend umzuarbeiten und von dem Geschehen binnen sechs Wochen zu berichten. So berichtet mit Freude die „Germania“. Die Alex. Bosse im Schulunterricht hätte sich nicht besser dokumentieren können als durch die wahrhaft kulturschädliche Aenderung. Fünfmal so viel Zeit für den Religionsunterricht als für den gesammten Unterricht in der Naturkunde! Und das im Zeitalter der Naturwissenschaften! Da werden unsere Ministerpatrioten hoffentlich aufhören, mit der Unübersichtlichkeit der preussischen Volksschulen zu prahlen.

Verwandte Seelen finden sich. In der heutigen „Kreuz-Zeitung“ befindet sich ein Feuilleton über Berühmtheiten der vormärzlichen Zeit und des tollen Jahres. Nach dem Urtheil des Zentral-Junkerorgans sind „die beiden einzigen wirklich geschickten und weiserfahrenen Leute“ damaliger Zeit die beiden „Anarchisten“ Proudhon und Bakunin.

Doch die Geständnisse der schönen Junkerseele sind so kostbar, daß wir sie den Lesern unverkürzt mittheilen müssen. Also:

„Daß die deutschen Sozialphilosophen bei Bakunin ganz besonders über welchkommen, weiß man aus den jetzt so vollkommen eierten Schriften und Korrespondenzen dieses aufrichtigen Russen, dessen Aeußerungen jeder Mann dennoch mit wahrem Vergnügen lesen wird, wenn er in einer Stunde der Ermüdung die sozialistischen Quasifalereien der gelehrten und unangelehrten Welt endlich satt bekommen hat. Eine hübsche Schilderung macht dieser selbsthätige Geist der Verneinung einmal von Brüsseler Verhältnissen: Die Deutschen aber, Handwerker Bornstädt, Marx und

12 000 Florenen? — nicht mehr? der gewissenlose Schurke! — (Jetzt hörte man von außerhalb den lauten Ruf: „Pantulfo! — Lange lebe Pantulfo!) — Pastucci, mein Freund, Ihr seid ja erstarrt; Ihr hört auf den Bärn da draußen — beschäftigt Euch mit der Berechnung, die ich Euch anvertraute. Santi, wie viel Einnahme hat Antonio Tralli angebegeben?“

Man hörte jetzt leise an die Thür klopfen, und Pantulfo trat ein.

Die Schreiber führen mit ihrer Arbeit fort, sahen aber bisweilen verstohlen auf den bleichen Gelehrten, dessen Name, zu ihrer großen Verwunderung, ein Gegenstand des Volksthum geworden war.

„Ah, lieber Freund.“ sagte Renzi, zwar mit ruhiger Stimme, aber seine Hände zitterten in schwer zu verbergender Bewegung, „Ihr wollt mich allein sprechen, nicht wahr? — gut, gut — tretet hier ein!“ Mit diesen Worten führte er ihn in ein kleines, an das Geschäftszimmer stößendes Kabinett, verschloß sorgfältig die Thüre, und indem er sich jetzt ganz der angeborenen Lebhaftigkeit seines Charakters überließ, ergriff er die Hand Pantulfo's.

„Sprich.“ sagte er, „verstandest die die Erklärung? — hast Du es ihnen deutlich und verständlich genug gemacht? — hat es tiefe Wurzeln gefaßt in ihren Gemüthern?“

„O, beim heiligen Petrus — ja.“ erwiderte jener, der durch die Entdeckung, die er eben gemacht, daß auch er ein Mörder sei, ein für einen schwächlichen Mann sehr beglückendes Bewußtsein, sich ganz erhaben fühlte. Er verschlang jedes Wort meiner Erklärung; sie sind erschüttert bis in ihr innerstes Mark. Du könntest sie jetzt gleich zur Schlacht führen, und sie würden kämpfen, wie Gelben. Was den wilden Schmied betrifft —

„Was, Cecco del Vecchio?“ unterbrach ihn Renzi, „ach! sein Herz ist von Stahl — was that er?“

(Fortsetzung folgt.)

Engels, und vor allen Marx, treiben hier ihr gewöhnliches Unheil; Eitelkeit, Geizgier, Klatscherei, theoretischer Hochmuth und praktische Kleinmüthigkeit, Neglectiren auf Leben, Thun und Einfachheit, und gänzliche Abwesenheit vom Leben, Thun und Einfachheit, literarische und distinkte Handwerker und eiliges Liebäugeln mit ihnen: „Feuerbach ist ein Bourgeois“ und das Wort Bourgeois zu einem bis zum Ueberdruß wiederholten Stichwort geworden, — alle selbst aber von Kopf bis zu den Füssen durch und durch kleinbürgerliche Bourgeois. — Mit einem Wort, Lüge und Dummheit, Dummheit und Lüge. In dieser Gesellschaft ist keine Möglichkeit, einen freien vollen Aethenzug zu holen. Ich halte mich fern von ihnen und habe ganz entschieden erklärt, ich gehe in ihren kommunikativen Handwerkervereinen nicht und will mit ihm nichts zu thun haben.“

Die kleine Probe wird genügen, um sich ein richtiges Bild von dem zu machen, was die sozialistischen und kommunistischen Bewegungen des westlichen Europas vor 50 Jahren eigentlich bedeuteten und werth waren. Die Geschichte aller dieser Dinge, von denen in Deutschland so gewaltig tönende Auserziehungsglocken gedeutet werden, ist viel zu wenig bekannt. Wenn man in einer Versammlung oder in einem Kolleg heute den Venten erzählt, wie schon vor 50 und 60 Jahren die wirklich geschickten und weiserfahrenen Leute wie Proudhon und Bakunin die Sorte von Weltverbessern von der Art der Cabot und Marx einfach für Dummköpfe erklärt haben, so kann man leicht in die Gelegenheit kommen, verblüffte Gesichter zu sehen, weil sich die meisten Menschen denken, diese Herren Sozialdemokraten sind ja eine herrlich geschlossene, zielbewußte Partei, und statt daß denselben täglich ein Kapitel aus den Werken von Bakunin vorgelesen wird, brütet man weitere Systeme aus oder kritisiert die bestehenden Theorien.“

So die „Kreuz-Zeitung“. Ihr Rath am Schluß ist kostbar: Hoffentlich wird nun bald ein Lehrstuhl errichtet, von dem täglich ein Kapitel aus den Werken von Bakunin vorgelesen und erläutert wird. — zur Rettung der Gesellschaft!

Freilich, die internationale Polizei hat nicht auf diesen Lehrstuhl gewartet und sich nicht mit platonischen Vorlesungen begnügt. Sie hat die Bakunin'schen Rezepte schon lange ausführen lassen und seine Theorien schon lange in Dynamitbomben umgesetzt. (Vgl. Andrei's Memoiren). —

Die Beendigung der italienischen Ministerkrise ist noch lange nicht die Beendigung der politischen Krise, in welcher Italien steckt. Im Gegentheil, gerade die Art, wie die Ministerkrise soeben beendet ward, spricht für den Ernst der politischen Krise. Und für ihn spricht auch das verlegene Schweigen, in welches die deutsche Regierungspresse sich mit bezug auf die Ernennung Visconti-Venosta's hüllt. Die Vergangenheit dieses Mannes läßt über seine Aufschauungen keinen Zweifel. So lange er politisch lebt, war er ein Anhänger der Allianz Italiens mit Frankreich.

So klar dies ist, so viel Unklarheit herrscht in bezug auf andere Punkte.

Wie kommt es, daß der vorige Kriegsminister Ricotti abhanden mußte?

Ricotti verlangte die Reduktion der italienischen Armee von 12 auf 10 Armeekorps — also die Streichung zweier Armeekorps.

Nun war aber Ricotti merkwürdigerweise der Vertrauensmann des Königs Umberto, der einer Reduktion der Armee notorisch abhold ist. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Und wie erklärt es sich, daß Rudini, der notorisch für die Reduktion der Armee ist, trotzdem Ricotti zum Rücktritt veranlaßte?

Dies stehen wir vor einem noch ungelösten Räthsel. Es haben da ungewissenhaft unterirdische — vielleicht auch oberirdische — Intrigen gespielt.

Sollte ein von der Wiener „Neuen Freien Presse“ veröffentlichter Artikel, worin es heißt, die deutsche und die österreichische Regierung verlangen jetzt von Italien nichts als in Fall eines Krieges Neutralität, und sie mutheten ihm deshalb keine große militärische Ausrüstung zu — sollte dieser Artikel etwas mehr sein als Hundstagslannegeheire?

Sollte sich bei Rudini etwa der Gedanke festgesetzt haben, jetzt, da man der Gefolgschaft Italiens nicht mehr sicher sei, suche man Italien militärisch zu schwächen, etwa damit es eventuell nicht auf der anderen Seite gefährlich werden könne?

Zu Zeiten der französischen Revolution führte der Hof Ludwig XVI. eine Komödie genau in diesem Sinne mit Dumouriez auf.

Also um Unmöglichkeit handelt es sich nicht.

Ein russischer Riesepump in Sicht. Lange wurde gelehrt, jetzt ist das Geständniß da. Aber es soll „nur ein kleines Anleihen“ sein. Nun, mit kleinen Anleihen ist den zerrütteten Finanzen des loobdrigen und schloddrigen Zarenreiches nicht anzuhelfen. Und ohne Grund hat man nicht mit raffinierter Bühleximien-Kunst die weltweizerischen Justizkräfte des deutschen Reichs wie der französischen Republik aufgestachelte. Wir hören, daß man zunächst — um die Börsen nicht zu erschrecken — sich mit ein paar hundert Willkürlichen begnügen will, daß aber dann, sobald der Augenblick günstig erscheint, eine Milliarden-Anleihe demarkirt werden soll. —

In bezug auf die Memoiren Nikolaus I. aus denen wir jüngst Auszüge brachten, wird mitgetheilt, daß diese Aufzeichnungen nicht neu seien. Rein, das waren sie für niemand, der dieses Muster eines absoluten Herrschers kannte. Aber sie sind echt, und daß sie jetzt, wo die Nikolauserei wieder in Mode kommt, vor die Öffentlichkeit gebracht wurden, war entschieden zeitgemäß. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. In Stade hat sich am 15. Juli ein Prozeß abgespielt, der auf die Parallele der Majestätsbeleidigungs-Prozesse, das Denunziantenwesen, ein großes Schlaglicht wirft. Ueber die Vorarbeiten des gegenwärtigen Prozesses berichtet das „Volkblatt für Harburg“. Am 28. August 1895 wurde vor der Herienstrasskammer in Stade gegen den Kleinhändler August Wilhelm Jahn in Rothehaus, Reiberstieg, Wilhelmsburg, wegen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung verhandelt. Er war der beiden Delikte durch eine Arbeiterhefrau Lucayl denunziert worden. Beide Vergehen bestritt er entschieden. Die Lucayl bekundete aber unter Eid, daß Jahn eine respektvolle Aeußerung über Gott, Religion und Kirche gemacht habe. Weiter bekundete sie unter Eid, und hierin wurde sie bis zum Tüdtelchen auf dem 1^{ten} durch die eidliche Aussage ihres Gemanues unterstützt, daß Jahn Ende Dezember 1894 oder Anfang Januar 1895 auf die Worte der Frau Lucayl: Die Obrigkeit lehre doch, das es ein Christenthum gebe, mit einer den Kaiser gräßlich beleidigenden Aeußerung geantwortet habe. Der Angeklagte bestritt auch in

Gegenwart beider Zeugen Lucayl, die inkonsequente Worte gesagt zu haben. Er führte aus, daß die Eheleute Lucayl keinen Glauben verdienten und brachte unter anderem Zeugen dafür bei, daß die Eheleute Lucayl früher sozialdemokratische Versammlungen besucht hätten und vor kurzem plötzlich fromm geworden seien, ferner weil sie durch ihre Behauptung materiellen Vortheil gehabt hätten. Jetzt besuchten sie täglich die Kirche, aber auch die Pastoren in Wilhelmsburg seien der Ansicht, daß die Eheleute L. es nicht ehrlich meinten. Der bisher unbescholtene Angeklagte wurde indess wegen Kaiser-Beleidigung zu acht Monaten Gefängnis verurtheilt. Wegen das Urtheil legte Jahn's Verteidiger, ein Stader Rechtsanwalt, Heston ein, die vom Reichsgericht verworfen wurde, da das Urtheil prozeßuale Mängel nicht aufwies. Jahn hatte sich durch Hinterlegung einer Kaution von zweitausend Mark vor der Untersuchungsast schützen können. Bei seiner Verurtheilung in Stade war er aber wegen der Höhe der Strafe er aber, da er sich unschuldig fühlte, seine Freisprechung zu betreiben. Er wandte sich brieflich und durch Vermittelung seiner Frau an den Harburger Rechtsanwalt Dr. M. E. Oppenheimer. Dieser stellte im Dezember vorigen Jahres den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens. Das Landesgericht Stade lehnte diesen Antrag — Jahn war inzwischen auf Beschwerde Dr. Oppenheimer's vorläufig aus der Haft entlassen — im Februar dieses Jahres ab. Gegen diese Ablehnung legte der Verteidiger Beschwerde ein und bat, die von ihm benannten neuen Zeugen, die über die Glaubwürdigkeit der Eheleute Lucayl aussagen sollten, einzusetzen zu vernehmen. Der Strafsenat des Oberlandesgerichts Celle ordnete sofort eine solche Vernehmung an. Vor dem Amtsgericht Harburg wurde eine Zeugin M. vernommen. Diese bekundete, die Ehefrau Lucayl habe ihr gesagt, sie wolle dem Jahn „eins beibringen, woran er denken soll.“ Auf ihre Frage, weshalb sie den J. ins Unglück stürzen wollte, habe die Lucayl gesagt, sie habe wegen des J. wegen Hausfriedensbruchs 3 Tage erhalten, J. solle deshalb 3 Monate bekommen. Schließlich hat die Zeugin M. unter Eid ihrer jenen Uebersetzung Ausdruck gegeben, daß die Denunziation der L. gegen J. ein Nachseht sei. Eine andere Zeugin wurde vom Amtsgericht Vergeborf vernommen. Diese bekundete, daß die Lucayl ihr gesagt habe, sie wolle den Jahn ins Zuchthaus bringen. Auf den Einwand der Zeugin, daß das doch so leicht nicht ginge, hatte die L. erklärt: das sei sehr leicht, sie, die L., ginge einfach auf Gericht und erkläre dort, daß Jahn die und die Gotteslästerung ausgesprochen und daß er sich der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht habe. Ihr Mann, der Gemanus L., müsse das bestätigen, sonst kriegt er die Zade voll. Sie würde außerdem noch sagen, Jahn sei Sozialdemokrat, dann glaube man ihm so wie so nicht. Die Frau Jahn solle auch gleich mit ins Zuchthaus. Bezüglich deren wurde sie sagen, die habe saule Sprünge verlanst und Wutier gefaßt. Das beschwöre sie ruhig vor Gericht. Da bekäme sie noch obendrein schönes Zeugengeld. Auf den Einwand der Zeugin, daß es mit einem Eide doch ein eigen Ding sei, antwortete die Lucayl: Ein Eid sei ihr so viel werth, wie ein — — (Wir streichen hier den gebräuchlichen gememen Ausdruck. Neb. d. V.) und das Gericht sei überhaupt nur Pappertapapp. So die eidlichen Aussagen der beiden neuen Zeugen. Nachdem das Oberlandesgericht Celle davon Kenntniß genommen hatte, ordnete es sofort die Wiederaufnahme des Verfahrens, soweit Verurtheilung des Jahn erfolgt war, an, indem es in seinem Beschlusse ausführte, daß nach den früheren und jetzigen Beweisergebnissen die Freisprechung des Jahn in Aussicht liehe. In der heute stattgehabten Verhandlung wurde denn auch die Unschuld des J. klar bewiesen, so daß seine kostenlose Freisprechung erfolgte.

In Beuthen hatte sich wegen Majestätsbeleidigung der Schuhmachergeselle Vincent Ballon aus Laurahütte zu verantworten. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis.

Deutsches Reich.

— Im Reichstags-Wahlkreise Obweningen in Schlesien hat die freisinnige Volkspartei in der Stichwahl den Sieg davon getragen. Nach amtlicher Feststellung erhielten Direktor Julius Kopsch, Berlin (Fr. Bp.) 6068 und Graf W. v. H. Jodan (L.) 4797 Stimmen. Kopsch ist somit gewählt mit einer Mehrheit von 1169 Stimmen. Selbst nach dem Ergebnis der Hauptwahl fehlten Kopsch nur 34 Stimmen an der absoluten Mehrheit. Die Konservativen machten bis zum letzten Tage die äußersten Anstrengungen. Sie erzielten aber nur eine Vermehrung der konservativen Stimmen um 299 gegen die Hauptwahl, während die Zahl der freisinnigen Stimmen um 1872 gestiegen ist.

So weist denn diese Obweningen Wahl ähnliche Jüge auf wie die Nachwahlen in Kuppin und Ansbach. Ganz entschieden macht das Volk Front gegen die konservativ-agrarische Reaktion und wo die Sozialdemokratie noch nicht in genügender Stärke vorhanden ist, wendet sich die Masse des Volkes wenigstens in der Stichwahl den radikaleren Schattierungen des bürgerlichen Liberalismus zu.

— Keine „uferlosen“ Flottenpläne sollen die Ruhe des deutschen Seeraglers bedrohen, orakelt der Offiziosus des „Hamburger Correspondent“, die Marineverwaltung beabsichtige nur, dem Reichstage Forderungen für neue Panzererschafbauten vorzulegen. Es handle sich dabei um acht neue Panzerschiffe 1. Klasse, wozu noch die beiden Panzer kommen, die in den Etats der letzten Jahre bewilligt sind, so daß die Zahl der Panzererschafbauten im ganzen nicht weniger als zehn Schiffe betragen würde. Die Baukosten eines Panzerschiffes 1. Klasse, bemerkt dazu die „Börsliche Zeitung“, belaufen sich gegenwärtig auf 22 bis 24 Millionen; zur Durchföhrung dieses Planes würden also allein 220 bis 240 Millionen Mark erforderlich sein. Zu dieser Summe werden aber noch die Forderungen für neue Kreuzer und Kreuzer-Erschafbauten kommen, welche die Marineverwaltung auch nur als Kreuzer der größten Klassen anzuführen gedankt. Die Kosten für jeden Neubau belaufen sich, einschließlich der Armirungen, auf 7—16 Millionen, je nachdem die Schiffe als Panzerkreuzer 1. Kl. oder geschützte Kreuzer gebaut werden. Beschäftigt sich diese Meldungen, so würde der Reichstag allein für Erschafbauten in den nächsten Jahren ganz enormen Forderungen entgegenzusetzen haben, denn selbst ohne die Erschafbauten befinden sich zur Zeit bereits neun Schiffe im Bau. In dem Wort „Erschafbau“ wird, wie es scheint, der Schwerpunkt der gesammten kommenden Marineforderungen liegen. Ob aber Erschafbau oder Neubau — das Geld dafür ist gleich schwer auszubringen. —

— Wie ein weißer Nabe muhet und ein Großgrundbesitzer an, der mit den Ergebnissen seines landwirthschaftlichen Betriebes zufrieden ist. Aber es giebt deren wirklich noch im Zeitalter der Blöth und Kaniz. Und es wird ihnen auch geben wie dem weißen Raben, der sich unter einer Schaar seiner schwarzen Rabengeschwister bilden läßt. Das hat der als tüchtiger Landwirth bekannte Herr v. Nathusius, Hundisburg erfahren. Er hatte im April dieses Jahres einen bei ihm stattfindenden Verkauf von Eschafböden durch eine Zeitungsannonce angekündigt und dabei die Wendung gebraucht: „Preis die gleichen der letzten Jahre.“ Ob dieses Geständnisses regnete es alsbald von agrarischer Seite Vorwürfe, worauf Herr v. Nathusius in seiner Vertheidigung erklärte:

Meine Wirthschaft hat in diesem Jahre die Zonne Getreide durchschnittlich um 2 M. höher verwerthet, als das Jahr zuvor; die Besserung der Zuckerpriese war sehr bedeutend, Runkelrüben

...

...

...

...

...

und Kräftiger sehr billig und die Ernte im allgemeinen gut. So können wir Landwirthe nach meiner Ansicht mit dem verkloppenen Jahre zufrieden sein, und weshalb soll man dieses nicht anerkennen, trotzdem wir ungünstige Jahre gehabt haben und sicher auch noch haben werden? Durch den außerordentlichen Fortschritt in der Technik unseres Gewerbes sind wir in der Lage, schlechte Zeiten besser überwinden zu können, als unsere Vorgänger, so meine ich, und ich gehöre nicht zu den Akratiern, die Gewaltmaßregeln vom Staate fordern, um die Preise unserer Produkte zu heben.

Mit dem Rathbuss werden die agrarischen Klippen für den bekannten fastigen Mann wohl noch ein kräftiges Wortlein reden, sobald ihnen die nächste Birkensversammlung dazu Gelegenheit bietet.

Die Unfälle der deutschen Marine sind durch einen weiteren verneht worden. In Kiel stieß ein Ruderboot der kaiserlichen Torpedo-Abtheilung gestern im Hafen unweit der Seegartenbrücke mit dem Fährdampfer "Bismarck" zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurde der Matrose Bloch aus Straßburg aus dem Boote geschleudert. Alle Versuche, ihn zu retten, waren vergeblich; er fand in den Wellen seinen Tod.

Wingen, 12. Juli. Reservelieutenant und Feuerwehmann. Ein neuer Fall von Reservelieutenantadunkel ist von hier zu melden. Es betrifft hier eine freiwillige Feuerwehr, zu der sich auch ein junger Mann, der Bischofswald war, gemeldet und auch bereits Dienst gethan hatte. Dieser ist nun zum Reservelieutenant avanciert und kann plötzlich nicht mehr unter einem Vorgesetzten den Dienst der freiwilligen Feuerwehr ausüben, weil er jetzt in militärischer Charge höher wie derselbe steht. Zutreffend bemerkt die "Feuerwehr-Zeitung" in Wädlingen dazu, daß auch der Reservelieutenant die Menschenpflicht hat, seinen Nächsten in der Stunde der Gefahr Hilfe zu leisten und sich durch Uebungen zu diesen Hilfsleistungen vorzubereiten. Als Soldat hat er die Pflicht, für Kaiser und Vaterland zu kämpfen, als Bürger, des Nächsten Haus und Hof schützen zu helfen. Es wird auch der Standesehre des Herrn Reservelieutenant durch keinen Abbruch thun, wenn der Brandmeister der Feuerwehr vielleicht nur Unteroffizier oder Sergeant gewesen ist, denn jeder Bürger hat die Verpflichtung, sich den einmal gegebenen Verhältnissen unterzuordnen, in der Achtung seiner Kameraden wird er dadurch nur gewinnen können.

Oesterreich-Ungarn.

— Majestätsbeleidigungen gehören auch in Oesterreich zu den gewöhnlichen Tagesereignissen. So wurden vor dem Kreisgericht in Spalato (Dalmatien) die 17-jährigen Genuajialischen Simon Bucic, Umberto Fontana und Sigoreo des Verbüchens der Majestätsbeleidigung, der Beleidigung von Mitgliedern des kaiserlichen Hauses sowie wühlerischer Sachbeschädigung angeklagt. Die jungen Leute hatten aus politisch-nationalen Fanatismus einige in der Umklekabine des Bilders zerstückt und mehrere Landkarten beschädigt. Der Staatsanwalt bezeichnete die "frühreif politische Ausartung" als Motiv des jugendlichen Thorheitstreues. Bucic wurde mit Rücksicht auf die lange Untersuchungsfrist zu 5 Monaten, Fontana zu 6 Monaten Kerker verurtheilt. Der dritte Angeklagte, Sigoreo, wurde freigesprochen.

Da hat ja auf dem klässlichen Boden, auf dem der römische Kaiser und Christenverfolger Diokletian seinen weltabgeschiedenen Prochpalast, von dem die Stadt Spalato ihren Namen hat, in Tyrannenlaune errichtete, die österreichische Bureokratie an die schönsten Traditionen der zaristischen Korruptionszeit angeknüpft, die es so weit brachte, Leute hinrichten zu lassen, weil sie mit Kaiserbildern nicht respektvoll genug umgegangen waren.

Frankreich.

Paris, 14. Juli. (Eigener Bericht.) Bourgeois' letzte Bankrotrede gefällt den Ordnungsleuten womöglich noch weniger als seine früheren außerparlamentarischen Kundgebungen. Denn erstens hat es der ehemalige Ministerpräsident diesmal unterlassen, die obligaten antisozialistischen Ausfälle in seine Rede anzuschließen. Sodann aber hat er die Ordnungspartei als die Partei des Egoismus, der Klassen- und Kastenpolitik bezeichnet. Im übrigen ist die Bankrotrede von Esquier nur des halb bemerkenswerth, weil das regierungsfähige und — regierungslustige Haupt der Radikalen deutlich durchblicken ließ, daß er die Sozialisten als ein willkommenes Glied seiner künftigen Regierungsmehrheit betrachtet. Daß er schließlich die baldige Wiederkehr seiner Partei zur Macht voraussagt, ist zwar durchaus in der durch Meline's gestimmungsmäßigen und haltlosen Politik geschaffenen parlamentarischen Situation begründet. Andererseits lassen aber die verfassungswidrigen Seitensprünge Helix Faure's bei der Bildung des Kabinetts Meline darauf schließen, daß dieser alles anbietet wird, um nach Meline's Sturz eine ähnlich geartete ministerielle Kombination ans Ruder zu bringen.

Wie sehr der Antagonismus zwischen den Radikalen und den Bourgeoisrepublikanern sich zugespitzt hat, zeigt die lächerliche und kleinliche Maßregel des Ministers des Innern, Barthou, in bezug auf das Bourgeois gegebene Verbot. Der kampflustige Minister untersagte dem Präfecten und Unterpräfecten des betreffenden Departements, die Einladungen des Gemeinderathes von Esquier zum Bankrot anzunehmen. Bourgeois gab darüber mit recht seiner Verwunderung Ausdruck, zum erstenmal als "Empörer" behandelt zu werden.

Einen viel ernsteren Willkürakt beging Barthou, ebenfalls aus Bosheit gegen die Radikalen, durch die Entziehung des Präsentatorathes von Digne (Basses-Alpes-Departement), der pflichtgemäß die Bestätigung der radikalen Gemeindevahlen der Stadt beantragt hatte. Obendrein ist die Maßregelung auf Betreiben des bei diesen Wahlen durchgefallenen Joseph Reinach, des panamäitischen Schwiegersohnes des Panama-Urchelers, Baron v. Reinach, beschlossene worden. Die Radikalen kündigen bereits eine Interpellation über die Angelegenheit an.

Die Annullirung der Gemeindevahlen von Nizza wirft ein aufflarendes Licht auf die Wahlschwindelei des Wahlkreises, der in der Kammer durch den Panamäiten und Sabisten Rouvier vertreten ist. Es wurde amtlich festgestellt, daß mindestens 2000 Wähler ihre Stimme an die Rouvier-Leute um je 10 bis 20 Franken verschachelt hatten. Der Handel wurde geschäftsmäßig betrieben. Die falschen Wähler erhielten gedruckte Karten, die sie zum Bezug der Silberlinge berechtigten. Es wurden nun 2000 solche Karten ermittelt. Ueber die gerichtliche Verfolgung der Bestecher und Bestochenen verlautet jedoch nichts, bisweil es sich um "gestimmungstüchtige", regierungsfreundliche Elemente handelt.

Der Herr François soll von 4 Kerzten auf seinen Hienystrand untersucht werden — meldet ein Telegramm. Einer wäre genug. Und warum telegraphirt man solche Lappalien an die Presse!

Spanien.

Madrid, 16. Juli. Der Deputierte Urzaiz und der Präsident der Budgetkommission Mochales schieden sich insolge eines bei der Diskussion über die Schuldverinsung zwischen ihnen entstandenen Wortwechsels ihre Zeugen zu.

Schade, daß es dem Grafen Mirbach nicht geblüht ist, diese spanische Manier, parlamentarische Differenzen auszugleichen, im deutschen Reichstage einzubürgern.

Türkei.

— Kretensisches. Zu der am 18. d. in Konaa stattgehabten Kretensischen Nationalversammlung waren die Deputirten vollzählig erschienen und zwar 25 Christen und 22 Mohammedaner. — Heute über-

reichen die christlichen Deputirten dem Landtage eine Vorlage, welche ihre Mehrforderungen enthält und werden diese Vorlage auch dem Konfularkorps übermitteln.

Am 12. d. wurde ein Boot eines türkischen Kriegsschiffes, das zur Untersuchung eines verdächtigen Fahrgenuges entsendet worden war, bei Kap Drepano beschossen; 10 Matrosen desselben wurden getödtet. Das Kriegsschiff feuerte darauf auf die Küste; jedoch ist, nach Angabe des General-Gouverneurs, durch diese Schüsse kein Schaden angerichtet. — Ueber die Folgen letzteren Vorganges, wird noch aus Athen berichtet: Türkische Truppen wollten am Montag unter dem Vorwand, die Leichen von Matrosen bei Kalvres aufzusuchen, nach Apokorona vorkamtschiren, wurden aber durch die christlichen Kretenser zweimal zurückgeschlagen. — Zugleich des Schicksals der Frauen und Kinder, welche sich in Kalvres befinden, herrschen ernsthafte Besorgungen. Der Generalgouverneur Perowitsch hat auf die Vorstellungen der Konfuln vorgegeben, er wisse nichts von den Vorkommnissen. — Die Türken megalten in den Provinzen Sphakia, Rethymo und Kydonia zahlreiche Christen nieder; sie verwüsteten mehrere Dörfer, Weinberge und Felder und raubten das Vieh. Bei einem Gesetzt zu Kastello in der Gegend von Rethymo gab es auf beiden Seiten eine Anzahl Verwundete und Tödtete.

— Vom Drusenaufrucht. Aus Konstantinopel wird telegraphirt: Zahir-Pasha unternahm mit 24 Bataillonen und 4 Batterien den Vormarsch von Scheik-Merkin gegen Hauran und besetzte Taleh. Bei Tebel-Dschedid, zwischen Taleh und Suweidab, wo 7000 Drusen verschaukt waren, fand ein entscheidendes Gesetzt statt. Im Verlauf des Gesettes fielen zwei Bataillone, welche in Suweidab eingeschlossen gewesen waren, den Drusen in den Rücken und verwohligten dadurch die Niederlage derselben. Die Drusen wurden völlig zerprengt. Man hält die militärische Operation der Hauptsache nach für beendet.

Afrika.

— Egyptisches. Die "Times" melden aus Kairo unter dem 15. d. M.: Hier herrscht große Unruhe wegen des Wassermangels, wodurch Verlust der Reispflanzungen hervorgerufen und die zukünftige Maisernte bedroht wird.

— Südafrikanisches. Nach einer Meldung aus Kapstadt genehmigte am 14. Juli das Kap-Parlament auf Antrag Schreiner's mit 52 gegen 12 Stimmen das Urlaubsgesetz Cecil Rhodes' für die laufende Session. Merriman war dem Antrag entgegengetreten mit der Erklärung, daß dies ein Versuch wäre, ein Vertrauensvotum für Rhodes zu erhalten.

— Ueber die Zustände in Rhodesien erhalten englische Blätter aus Bulawayo Nachrichten, die keineswegs rosig lauten. Die Straße nach Maseling scheint geschlossen zu sein, 1500 bislang freundlich geknünte Eingeborene empföten sich, alle Lebensmittel sind sehr knapp, alle Bauverträge aufgehoben, da der größte Theil der Bevölkerung sich ansieht, das Land zu verlassen. Nach Aussagen von Eingeborenen betrachten die Aufsichtlichen die von der Landesverwaltung zugesicherte Amnestie als deutliches Zeichen der Schwäche. Die Furchtigung der Aufsichtlichen dürfte noch viele Ausreigungen herbeiföhren. Die Maschona's beabsichtigen, Salisbury anzugreifen. Die aufständischen Matabilli sammeln sich rasch auf den Matopos. General Carrington trifft Anstalten zu einem baldigen allgemeinen Angriff auf ihre Stellungen, hartnäckiger Widerstand wird erwartet. Die britischen Streitkräfte sind einschleichen unzulänglich. Ueber die Hälfte des Trilanderkorps hat Matabilliland verlassen, weil das Versprechen der Chartered Company bezüglich Landbesetzungen nicht erfüllt worden ist.

Im "Daily Chronicle" wird der Zustand der Matabilli direct dem Jameson'schen Raubzuge zur Last gelegt. Als die Eingeborenen von der Niederlage Jameson's hörten, hätten sie sich gegen ihre Unterdrücker empört auf Weisheit ihrer Propheten, der sogenannten Mlimos, die in Höhlen ihre Weissagungen ausfüben.

Parlamentarisches.

In der Zusammenfassung des Reichstags sind im Laufe der jüngstverfloffenen Session verschiedentliche Veränderungen vor sich gegangen, indem infolge von Todesfällen sowie auch von Ungültigkeitserklärungen nicht weniger als 15 Neuwahlen erforderlich wurden, von denen im gegenwärtigen Augenblick erst 12 erledigt sind. Zu Beginn der Session zählte das Haus 898 Mitglieder, da nur das Mandat in dem Wahlkreise Mayen (S. Koblenz) erledigt war. Nachfolger des Abg. Braubach, der dieses Mandat bisessen hatte, wurde der gleichfalls dem Centrum angehörige Abg. Ballenborn. Bei drei weiteren Veränderungen war und blieb ebenfalls nur das Centrum theilhaftig; im Wahlkreise Köln-Stadt wurde der Abg. Greif durch Trimborn, und im Wahlkreise Mettissen (A. Schwaben) der Abg. Reindl durch v. Herling ersetzt. Außerdem wurde in Blaubeuren (S. Württemberg) Gröber, der sein Mandat wegen Ernennung zum Landgerichtsrath verloren hatte, wiedergewählt. Weiter traten an die Stelle der beiden protestantischen Glieder Reumann (Niederrhein) und Haas (Nied) die gleichfalls protestantischen Charton und Pierson. Im Wahlkreis Herzog (S. Württemberg), früher in Söder'schem, zuletzt im Besitze des Herrn v. Hammerstein, ging der nationalliberale Abgeordnete Quentin aus der Wahlurne hervor. In Ruppin wurde Bohm durch Lessing (beide zur freisinnigen Volkspartei gehörend, in Aushoch Kröber durch Konrad (beide süddeutsche Volksparteiler) ersetzt. In Halle a. S. trat an die Stelle Meyers (fr. Vg.) der Sozialdemokrat Kunert. Dann wurde vor wenigen Tagen in Schwyz (S. Württemberg) der Abg. Holz wiedergewählt, freilich mit der absoluten Gewisheit, daß die Wahl vom Reichstag sofort nach seinem Wiederkommen durch einen neuen Kasset werden wird. Endlich ist jetzt in Löwenberg für den konservativen Dollener der freisinnige Kopf gewählt. Erledigt sind zur Zeit 3 Mandate: das Pöhlmann's in Schleisstadt (Reichspartei), Koehler's (Antisemit) in Gießen und Wiestle's in Brandenburg. Abgegeben von diesen drei noch offenen Mandaten ist der Reichstag angeblich wie folgt zusammengesetzt (in Klammern sind die Ergebnisse der letzten allgemeinen Wahl 1898 hinzugefügt): Konservativ 65 (71); Reichspartei 28 (28); Deutsch-sozialistische Reformpartei 15 (16); Centrum nebst 4 Hospitanten 101 (100); Welfen" 8 (9); Polen 19 (19); Nationalliberale 49 (53); freisinnige Vereinigung 14 (14); freisinnige Volkspartei 25 (28); Süddeutsche Volkspartei 12 (11); Sozialdemokraten 48 (44); Bayerische Bauernbündler 4 (4); Elässische Protestanten 8 (8); endlich noch die fraktionslosen Köstler, Johannis (Däne) und der an Stelle von Hornsteins in Donaueschingen (S. Baden) gewählte Fürst Fürstberg.

Partei-Nachrichten.

Internationaler Arbeiterkongress. Die deutschen Delegirten, die ihre Interims-Karten noch nicht an Genossen Thorne gesandt haben, sind gebeten, dies nach Ausfüllung der verschiedenen Rubriken sofort zu thun.

Zu adressiren:

W. Thorne, 144 Barking-Road, London E.

Die interparlamentarische Vorkonferenz wird am 26. Juli, nachmittags 7 (sieben) Uhr im Horsthoer Hotel zusammentreten. Für die Theilnehmer ist dann noch Zeit, bei dem "Delegirten-Empfang" zugegen zu sein, der am gleichen Abend in dem gleichen Hotel stattfindet und von 8 bis 11 Uhr dauern wird.

Au den Breslauer Stadtverbänden. Wahlen werden sich die dortigen Genossen zum ersten Male ernstlich betheiligen. Bis jetzt war eine solche Betheligung ausgeschlossen, da nur der wahlberechtigigt war, der ein Mindest-Einkommen von 960 M. hatte. Nun ist der Jenus auf 660 M. erniedrigt worden und dadurch der Arbeiterbevölkerung Gelegenheit gegeben, endlich einmal ein Wortlein in den städtischen Angelegenheiten mit sprechen zu können. Und das thut noch! In Breslau haben seit jeder die freisinnigen das Heft in Händen. Herr Oberbürgermeister Bender, ebenfalls ein freisinniger reinster Wassers — in neuerer Zeit hofähig — gilt als das Orakel bei den Vertretern der Stadt und sehr selten waht es einer, gegen das Jahrawasser zu schwimmen.

In der "Volkswacht" werden die Genossen aufgefordert, die jetzt ausliegenden Wählerlisten nachzusehen und in noch vielen Tausenden zählendes Flugblatt ist unter der Arbeiterschaft verbreitet worden, sie zur regen Betheligung an den diesjährigen Wahlen aufzufordern. Die Kandidaten werden später nominirt.

Eine erfreuliche Thatsache ist dieser bevorstehende Wahlenkampf; denn wenn auch die Erfolge beim ersten Male noch keine großen sein werden, so ist doch Hoffnung vorhanden, daß in die Hochburg des freisinnigen Bresche gelegt wird. Wie uns versichert wird, werden die Breslauer Parteigenossen den kommunalen Kampf mit Energie betreiben, um so endlich einmal ihr gutes Recht, das ihnen jahrelang vorenthalten war, geltend zu machen.

Das Mainzer Reichstagsmandat. In bürgerlichen Blättern finden sich seit einigen Tagen Notizen über Zwistigkeiten zwischen dem jetzigen Reichstags-Abgeordneten für Mainz, Genossen Joest, und den Parteigenossen. Und es wird in diesen Notizen eine Mandatsniederlegung seitens Joest's in Aussicht gestellt. Wir haben bisher keinen Grund gesehen, uns zu der Sache zu äußern. Nun finden wir aber in dem "Hamburger Echo" folgendes:

"Diese Mittelstellung (der bürgerlichen Presse) ist ungenau. Allerdings bestehen unter unseren Mainzer Genossen leider schon längere Zeit Zwistigkeiten, die ihren Grund in der Verwaltung des dortigen Parteiorgans haben. Geschäftliche Verhältnisse haben den Genossen Joest abgehalten, sein Reichstagsmandat so, wie die Partei es wünschen muß, zu erfüllen. Speziell in Rücksicht auf diese Umstände erörtert in Parteikreisen die Frage der Mandatsniederlegung ihre Erörterung. Ob Genosse Joest sich bereits zur Mandatsniederlegung entschlossen hat, ist uns nicht bekannt. Die Entscheidung dürfte aber nicht lange mehr auf sich warten lassen."

So das Hamburger Bruderorgan. Wir glauben, daß seine Darlegung wesentlich den Thatsachen entspricht.

Zur Agitation im Wahlkreise Höchst-Ingeln-Domburg. Am letzten Sonntag unternahm 60 Genossen eine Agitationstour. Zur Vertheilung gelangte die Reichstagsrede unseres Genossen Brähne über die Abänderung des Invaliden- und Altersversicherungsgesetzes und das Flugblatt: Sind die Sozialdemokraten Bauernfreunde? Von beiden Flugblättern wurden 13000 Stück vertheilt, außerdem noch eine Anzahl Broschüren. Die Vertheilung ging glatt von statten, in einigen Orten wurden die Genossen von der Polizei angehalten, nach Feststellung ihrer Namen aber wieder entlassen. An allen Orten wurden die Genossen freundlich empfangen.

Genosse Kakenstein, der sich als Redakteur der "Seppiger Volkszeitung" außer der vor etwa fünf Wochen verhängten Gefängnisstrafe wegen Rathbeleidigung auch eine Strafe wegen Majestätsbeleidigung zuzugewogen hatte, bezog am Donnerstag abends auf drei Monate das Gefängnis.

Die Anarchisten in Stuttgart hielten am 14. d. M. eine Versammlung ab, in der es der "Schwäbischen Tagwacht" zufolge recht heiter zuging. Trotzdem die Herren Anarchisten von ihrem individualistischen Standpunkte ausgehend Gegner solcher Körperschaften sein müßten, die aus Wahlen hervorgegangen sind, wollen sie doch einen Delegirten zum Londoner Kongress wählen. Ein Herr Maier referirte über den Züricher Kongress von 1893, indem er einfach eine Vorlesung aus dem Protokoll hielt, die er durch Stellen aus dem "Sozialist" vervollständigte. Herr Maier will sich die "Wählerei" allenfalls noch gefallen lassen, wenn dabei prinzipielle Agitation getrieben wird. Ein Freund dieses Redner's sollte Vorschläge für einen Delegirten machen, beauftragte aber die Versammlung durch seine komischen Vorträge darrat, daß er endlich abtreten mußte und das Lokal verließ, indem er gegen die Beschränkung der individuellen Freiheit standaktete. Nach anarchistischem Brauch gab es in der Versammlung keinen Vorsitzenden. Jemand protestirte dagegen, daß er nicht zum Wort komme, trotzdem er schon lange die Absicht hatte, zu reden; es kam ihm immer ein anderer zuvor. Nummehr kam diesem Bedauernswürthen wieder ein Redner zuvorn, der gegen die Beschickung des Kongresses sprach, worauf endlich der so lange zurückgebliebene Redner zu Worte kam und durch einige ungeheuerliche Redemwendungen dem übermüthigen Beamten Veranlassung gab, die Versammlung aufzulösen. Der Redner wurde verhaftet und durch ein hartes Aufgebot von Polizeimannschaften der Saal geräumt.

Ueber die Entwicklung und Geschichte der dänischen Sozialdemokratie entnehmen wir der gestern schon besprochenen Jubiläumsnummer des "Socialdemokraten" noch folgende Daten:

Der Sozialismus trat in Dänemark 1871 öffentlich hervor. In diesem Jahre gab der im vorigen Jahre verstorbene Louis Pio seine in Zwischentäumen erscheinende "Sozialistische Blade" heraus, aus denen später das Wochenblatt "Socialisten" wurde, dessen erste Nummer am 21. Juli erschien. Schon im nächsten Jahre wurde es zu einem Tageblatt erweitert, und von da ab nahm es den Titel "Socialdemokraten" an. Außer dem Zentralorgan, das jetzt 80000 Exemplare absetzt, ist zu nennen das Organ der Fachvereine "Samarbeidet" und das Wählblatt "Ravnen", zu denen noch sechs Blätter außerhalb Kopenhagens sowie einige Fachblätter kommen. Die sozialdemokratische Partei zählt nicht weniger als 104 Vertreter in öffentlichen Stellungen, nämlich als Reichstags-Abgeordnete, Mitglieder in Gemeindevverwaltungen u. s. w. In Kopenhagen haben sich die Sozialdemokraten immer mehr Terrain erworben. 1872 gaben sie 815 Stimmen ab, 1884 8805, mit denen sie zwei Wahlkreise in Kopenhagen eroberten. 1887 stieg die Stimmenzahl auf 8408, 1890 auf 17 293, 1892 auf 20 068 und 1895 auf 25 019. Im Folkething hat die Partei acht Vertreter, aber auch im Landsting, der ersten Kammer, stehn zwei Sozialdemokraten. Die Partei ist in 952 Vereinen organisiert, von denen 713 Fachvereine mit 42 000 Mitgliedern sind. Die 289 politischen Vereine haben ca. 25 000 Mitglieder. Die dänische Sozialdemokratie war längere Zeit mit der bürgerlich-radikalen Linken in mehr oder weniger freundschaftlichem Verhältnisse, ohne jedoch dem sozialistischen Standpunkt etwas zu vergeben. Während der letzten Folkethingwahlen hat aber eine Scheidung stattgefunden. Die Sozialdemokraten bilden übrigens im Folkething jetzt die ausschlaggebende Partei, da die Linke erst mit ihrer Hilfe die Mehrheit hat.

Der Sozialisten-Kongress in Florenz. Florenz, 12. Juli. Die Diskussion über die Form der Organisation wird fortgesetzt. Bisfolati bringt eine von Volkini, Danielli u. a. unterzeichnete Tagesordnung ein, welche sich an die gestern von Ferreri eingebrachte anlehnt und auch die Organisation auf wirtschaftlicher Basis gutheißt, vorausgesetzt, daß alle Mitglieder solcher Vereinigungen auch Parteimitglieder sind. Ferreri zieht seine Tagesordnung zu grunde der Bisfolati zurück. Lazari befürwortet warm die seinige; man schreitet zur namentlichen Abstimmung über die beiden Tagesordnungen. Die Tagesordnung Lazari wird mit 197 Stimmen angenommen, Bisfolati's Tagesordnung erhielt 117 Stimmen; für dieselbe stimmten die toscanischen und die piemontesischen Sozialisten,

Dagegen vor allem die Lombarden und die Süd-Italiener. Wegen Abwesenheit des Berichterstatters Abg. De Marinis, welcher erkannt ist, findet die Diskussion über den Punkt „Allgemeines Stimmrecht“ nicht statt, und man schreitet zur Behandlung des Paragrafen „politische und kommunale Mindest-Programme“. Der Berichterstatter Prof. Arturo Labriola betont die Notwendigkeit, das gegenwärtige politische und kommunale Mindest-Programm zu ändern und macht dahingehende Vorschläge. Es beginnt die Diskussion über verschiedene Punkte des von dem Berichterstatter vorgeschlagenen Programms. Frau Dr. Kulischer beantragt die Verlesung, „bis die vom Berichterstatter vorgeschlagene Kommission, die das neue Programm entwerfen soll, ihre Arbeit vollendet hat. In der Zwischenzeit soll das alte Mindest-Programm Geltung haben.“ Mit großer Mehrheit wird der Antrag beschlossen. Dem Berichterstatter Labriola wird der Dank des Kongresses ausgesprochen, die von ihm vorgeschlagene Kommission soll vom Nationalrat der Partei ernannt werden.

Am Nachmittag beginnt die Diskussion bei Punkt B des Artikels 4 der Tagesordnung über die Haltung der Partei gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung. Berichterstatter ist Bissolati. Nach einer vierstündigen Diskussion wird eine von Bissolati, Prampolini und Maironi eingebrachte Tagesordnung angenommen, welche besonders die Propaganda auf dem Lande empfiehlt, ferner die Bildung von Schulbänden unter den Pächtern, um eine Erleichterung bei den Pachtverträgen zu erlangen u. s. w.; der bäuerliche Pächter soll ein Recht auf die Bodenprodukte haben, damit ihm das für seine Existenz notwendige Mindesteinkommen gesichert bleibt; befürwortet wird auch die Organisation von ländlichen Konsumgenossenschaften, deren Ueberhörsche zum Theil der Partei zuzufallen sollen. — Die Sitzung wird um 8 Uhr geschlossen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Verleumdung des Polizei-Inspektors wurde der Redakteur unseres Partei-Organs in Eisenfeld, Genosse Lingweiler, zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Zwei mit ihm Angeklagte erhielten 1 resp. 2 Monate Gefängnis.

— Weil sie nach Auflösung der Versammlung sich nicht entfernten, wurden unsere Parteigenossen Döring, Werfig, Krull und Behold aus Halle, die ersteren zu 20 M., die letzteren zu je 15 M. verurteilt. Döring soll sich gegen § 110 des Str.-G.-B. verzogen haben, indem er bei Auflösung einer Versammlung in dem Glauben, die Auflösung wegen der Polizeistunde sei unzulässig, die Versammlung weiter tagen ließ.

— Wegen Verleumdung des Superintendenten Bänder in Kiosleben, früher in Lindenwalde, verurteilte das Schöffengericht in Brandenburg den Redakteur des dortigen Parteiorgans, B. Hugo, zu einer Woche Gefängnis. Die Verleumdung soll in der Nr. 109 enthaltenen Besprechung von Lindenwalde enthalten sein. Der Bürgermeister Suchland in Lindenwalde hatte sich durch den Suchlandbeider Artikel gleichfalls beleidigt gefühlt und ebenfalls Strafanzug gestellt. Das Gericht konnte aber eine Verleumdung Suchlands in dem Artikel nicht finden und sprach Hugo von der Suchlandbeleidigung frei. Der Rechtsanwalt hatte insgesamt vier Wochen Gefängnis beantragt.

Soziale Uebersicht.

Der Bäcker-Arbeiterschutz ist den Jungmeister ein Greuel und es war vorauszusetzen, daß Uebertrreibungen häufig vorkommen. Wie die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ mitteilt, wird deshalb in Dresden von den Bäckergehilfen sofort ein Kontroll-dienst eingerichtet. Jede Uebertragung wird in dem Blatt mitgeteilt. In einer Bäckerei in der Galeriestraße muß der Lehrling, der im ersten Jahre lernt, täglich vierzehn Stunden thätig sein, während das Gesetz für diese Lehrlings-kategorie zehn Stunden als Höchstmaß vorschreibt. Die Regel bildet eine Beschäftigung von nachts 11 Uhr bis vormittags 11 Uhr, dazu kommt meist die Anrichte-Zeit von 8 bis 9 Uhr. Außerdem wird der Gehilf dazu verwandt, tagtäglich zwei Stunden Wege zu laufen. Auch für den Gehilfen wird häufig der zulässige zwölfstündige Arbeitstag überschritten. Die Sache wurde bei der Wohlfaßstr. 46/47 anhängig gemacht; der Bäckermeister scheint indes darauf zu rechnen, daß es nicht so genau genommen wird. Von der Polizeiwache kommend, erzählte er, es sei nicht so schlimm, so streng würde die Sache nicht gehandhabt. Sollten die Bäckermeister durch Thatfachen aber zu dieser Ansicht gebracht werden, dann wäre die ganze Bäcker-Arbeiterschutz-Verordnung für die Nag.

Ein interessantes Seitenstück zu vorstehendem Dresdener Vorgange liefert folgender in bürgerlichen Zeitungen Berlins enthaltene Bericht: „Eine stattgehabe Versammlung von Bezirksvereins-Vorständen hiesiger Bäckermeister beschäftigte sich mit dem „unlauteren Wettbewerb“ der Konkurrenten in Bezug auf den Verkauf von Waaren an Sonn- und Feiertagen nach 3 Uhr nachmittags über die Straße und gelangte nach eingehender Beratung der Materie zu folgendem Beschlusse: „Die Bezirksvereine stellen fest, wie viel Konkurrenten in ihren Bezirken verkaufen. Jeder Bezirksvereins-Vorstand reicht dann besonders an den Polizeipräsidenten eine Beschwerde ein, in welcher diejenigen Konkurrenten, die nach 3 Uhr verkauft haben, namhaft gemacht werden, weiter auf die schwere Schädigung, die durch solchen Verkauf den Bäckern bereitet wird, hingewiesen und der Polizeipräsident ersucht wird, die einzelnen Reviervorstände anzuweisen, dem Gesetze Achtung seitens der Konkurrenten zu verschaffen und den Verkauf von Waaren über die Straße nach 3 Uhr nachmittags an Sonn- und Feiertagen zu inhibieren oder aber auch den Bäckern den Verkauf ihrer Waaren bis 3 Uhr zu gestatten. Diese beschlossenen Maßnahmen sollen schleunigst ins Werk gesetzt werden.“

Die Herren Bäckermeister sind also stets bei der Hand, den Staat anzugreifen, daß er ihnen den angeblich unlauteren Wettbewerb der Konkurrenten vom Hause schaffe, aber daß der Staat sie in der unlauteren Ausbeutung der Bäckergehilfen hindert, halten sie für ein schweres Unrecht. —

Gewerkschaftliches.

Arbeiter, Parteigenossen! Laut Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung, die sich mit überwiegender Majorität für die Weiterführung des Streiks erklärte, fordern wir die Arbeiterschaft auf, uns jetzt in unserem Kampfe so viel wie möglich zu unterstützen. Die Lohn-Kommission suchte die Aufhebung des Streiks herbeizuführen; aber die Erbitterung der Streikenden war eine derartig große, daß es ein Ding der Unmöglichkeit war, die Versammlung anders zu bestimmen. Die Motive, welche die Arbeiterinnen und Arbeiter bestimmt haben, den Streik noch weiter aufrecht zu erhalten, sind folgende: Die Arbeitgeber verlangen: 1. Austritt aus der Organisation; 2. Reduzierung der Löhne; 3. daß nur ein kleiner Bruchtheil wieder eingestellt werden soll und dieser, wenn die Streikbrecher eingearbeitet sind, ohne Rücksicht auf Pflaster geworfen wird. Einem solchen Frieden erklärten die Arbeiter für unannehmbar und wollten lieber weiter ausharren, als den Kapitalisten — die so rigoros und brutal handeln — erbarungslos zum Opfer zu fallen, Arbeiter! Parteigenossen! Der Kampf ist nun zum äußersten entbrannt und ersuchen wir Euch, behätigt Euer Solidaritätsgefühl in erhöhtem Maße, um die Ausgesperrten eventuell vor der größten Noth zu schützen. Da die Erhaltung der Organisation Euch ebenso am Herzen liegt wie uns, werden wir nicht umsonst an Euch so oft erprobte

Opferwilligkeit appelliren. Ihr werdet uns in dem Kampfe, wo es sich um Sein oder Nichtsein der Organisation handelt, nicht im Stiche lassen. Darum vorwärts, einwärts giebt es nicht mehr, entweder siegen oder unterliegen. Alle arbeitserfreundlichen Blätter ersuchen wir um Abdruck — Geldsendungen sind an Karl Kämpfe, Berlin, Weinstr. 12, part., zu richten.

Die Lohnkommission der ausgesperrten Gutarbeiter und Arbeiterinnen.

An die Maurer Berlins! Laut Beschluß der Maurerver-sammlung vom 14. d. M. wird zur Erleichterung der Kollegen, die Auslieferung der Arbeitskarten in folgenden Lokalen abends von 8-10 Uhr stattfinden und zwar vorläufig bis Sonnabend den 25. d. M.:

- Westen: Bülowstr. 59 bei Werner. Charlotten-burg: Bismarckstr. 74 bei Leber. Moabit: Thurmstr. 84 bei Holzbäcker. Norden: Sönnemünderstr. 20 bei Geide. Osten: Nidersdorferstr. 8 bei Böhl. Südosten: Rainign-str. 96 bei Streit. Süden: Solmsstraße und Mariendorfer-strafen-Ecke bei Grube. Rigdorf: Berlinerstraße 55 bei Nummer.

Nach dem Beschluß der Versammlung werden nur Arbeits-karten für diejenigen Kollegen in den Filialen ausgestellt, deren Streikarten in Ordnung sind. Es ist darum das Mitbringen der Streikarten notwendig. Die Kollegen, welche sich auf den Bauten gemeinsam in die Listen einschreiben lassen, werden hier-mit ersucht, Streikarten-Nummer, Name, Wohnung u. s. w. genau anzugeben. Sodann geben wir hiermit die Zählstellen bekannt, in welchen des Sonnabends von 8-10 Uhr abends die Beiträge zum Streikfonds entgegengenommen werden:

- Osten: Nidersdorferstr. 18 bei Böhl. Fruchstr. 69 bei Fichte. Süd-Osten: Rainignstr. 96 bei Streit. Waldemarstr. 61 bei Hoff. Süden: Mittenwalderstr. 43 bei Briefen. Mariendorfer- und Solmsstraßen-Ecke bei Grube. Westen: Bülowstraße 59 bei Werner. Flumenthalstraße 5 bei Behrend. Schöneberg: Grunewaldstr. 110 bei Dtl. Moabit: Thurmstr. 68 bei Holzbäcker. Perlebergerstr. 28 bei Hermerschmidt. Wedding: Kolbergerstr. 23 bei Raabe. Weddingstr. 9 bei Malkowit. Norden: Sönnemünderstr. 20 bei Geide.

Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Seit einigen Tagen befinden sich 1200 Klemperer in Wien im Auslande. Der Streik ist ein allgemeiner und appelliren die Ausständigen an das Solidaritäts-gefühl der deutschen Kollegen in materieller Hinsicht, sowie um den Zugang fernzuhalten. Geldsendungen sind zu richten an die Redaktion des österreichischen „Metallarbeiter“, Wien V, Kohlen-gasse 27. Zuschriften in der Angelegenheit des Streiks sind zu richten an das Aktionskomitee der Spengler, Wien VII, Richter-gasse Nr. 7. Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Metall-arbeiter-Verbandes.

Auf dem Verbandstag der Buchdrucker in Halle soll es sich nach der „Berl.“ Ztg. darum handeln, „ob die Vernunft oder die — Sozialdemokratie den Sieg davon tragen wird.“ Nun, unsere Leser sind unterrichtet und wissen, daß die ganze Kory-balerei in Halle verfehlt wenig mit der Vernunft, rein gar-nichts aber mit der Sozialdemokratie zu thun hat. Wenn das genannte Blatt weiter schreibt:

„Eine auf gütlicher Verständigung beruhende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und vor allem die Herstellung einer dauernden Organisation, an der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig teilnehmen, ist nach der strengen Lehre der Sozial-demokratie die Pflicht der ärgsten Art“

so raten wir den Herren, sich einmal den von unseren Ab-geordneten im Reichstage wiederholt eingebrachten Arbeitser-gesetz-Entwurf anzusehen; sie werden dort einen bis ins kleinste Detail ausgearbeiteten Plan für eine Organisation vorfinden, „an der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig teilnehmen“ sollten. Die „Berliner Ztg.“ wolle also lieber ihre Weisheit für sich behalten und nicht über Dinge reden, von denen sie nichts versteht.

Von den streikenden Glasern in Leipzig befinden sich nur noch 10 im Auslande. Da der Streik jedoch noch nicht beendet ist, weil sich die Verhandlungen mit der Junung in die Länge ziehen, so auch ferner der Zugang fernzuhalten.

In Weichenfeld befinden sich die Brauer bei der Firma Lorenz im Auslande. Ein Versuch, die Sache zum gütlichen Ausgleich zu bringen, schiederte an der ablehnenden Haltung der Firma. Ebenso wurden die Arbeiter vom Gewerbegericht abgewiesen und werden sich dieselben nunmehr an den Gewerbe-Inspettor wenden.

Zum Maurerstreik in Mainz. Vor dem Gewerbegericht, welches sowohl die Lohnkommission als auch die vereinigte Bauunternehmer als Einigungsamt angerufen hatten, fand am 15. Juli nach dreistündiger Berathung eine Einigung zwischen den genannten Faktoren statt. Zugestanden wurden eine Verbesserung des allgemeinen Lohnes für Maurer von 38 auf 40 Pf. pro Stunde. Als Minimallohn für junge Maurer wurde 30 Pf. festgesetzt. Sämtliche Maurer, welche zwischen den oben genannten Lohnhöhen gegenwärtig bezahlt werden und sämtliche Tagelöhner, sofern ihre Leistungen entsprechend sind, erhalten eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit wird auf zehn Stunden festgesetzt, Ueberstunden zwischen 6 und 8 Uhr abends werden mit 25 Prozent Zuschlag, Nacharbeit von 8 Uhr abends ab und Sonntagsarbeit wird mit 50 pCt. Aufschlag bezahlt. Maßregelungen sollen absolut ausgeschlossen sein und die Koalitionsfreiheit soll in keiner Weise geschmälert werden. Mit der Lohnauszahlung alle vierzehn Tage will man sich zufrieden geben. Dagegen sollen die Unternehmer verpflichtet sein, in der Zwischenwoche einen Vorschuß von dreiviertel des verdienten Lohnes zu gewähren. Von der Zulage für eine nochmalige Lohnerhöhung im kommenden Frühjahr nahmen die Arbeiter Abstand, um für die Zukunft freie Hand zu behalten. Die Organisation der Maurer, welche erst kürzlich eine neue Kräftigung erfahren hat, hat somit einen glatten Sieg errufen, nachdem die Unternehmer noch Tags vorher alle Zugeständnisse abgelehnt hatten.

Der Tischlerstreik in Mannheim ist beendet. Wie schon berichtet, bewilligte die Mehrzahl der Meister die von den Arbeitern gestellten Forderungen. Mit den übrigen Meistern, wo die Tischler in den Auslande traten, ist nunmehr eine Vereinbarung erzielt. Die Sperre wurde nur über die Werkstätte von Theodor Weisenburger verhängen, da hier jede Zugeständnisse abgelehnt wurden.

In Wien befinden sich 1100 Klemperer im Auslande. Der Streik der Wagner dauert unverändert fort. Die Tischlergenossenschaft bemüht sich fortgesetzt, ihre Mitglieder zur allgemeinen Aussperrung ihrer Gesellen zu bewegen. Bisher ohne größeren Erfolg, da die kleinen Meister einsehen, daß sie nur für die größeren Firmen Vortheil schaffen würden. Bei einer Besprechung, die von den Reichlern geplant war, erschienen nur 25 ihrer Kollegen, so daß die Herren, ohne in die Verhandlungen einzutreten, betäubt nach Hause gingen.

Der Streik in Neunkirchen (Niederösterreich) wird seitens der Arbeiter mit den äußersten Anstrengungen fortgesetzt. Das Streikkomitee hat ein eigenes Auswanderungsbureau etabliert, welches den Auszug der Arbeiter aus dem Streikgebiet planmäßig organisiert. Bereits 80 Arbeiter haben auf diese Weise den Ort verlassen. Die Streikenden begleiteten ihre abziehenden Kollegen; sie wurden aber von einem starken Aufgebot Gendarmen zurückgewiesen und hierbei eine Frau verhaftet. Ueber sämtliche Fa-briken in Neunkirchen ist die Sperre verhängt.

Selbstmörder. Nachdem gestern etwa die Hälfte der über 1000 Mann zählenden Arbeiter der hiesigen Schiffswerft wegen Lohnstreikigkeiten in den Streik getreten waren, hat die Direktion heute sämtliche Arbeiter entlassen.

In Schiedam (Holland) ist unter den 600 Arbeitern der bekannten Stearinlergen-Fabrik Apollo ein Streik ausgebrochen.

Florenz. In zwei Orten der Nachbarschaft sind die Strohh-flechterinnen in den Auslande getreten und haben die bereits an-gestrigelten Strohgesechte verbrannt. Die Bewegung scheint sich weiter auszubreiten.

Soziale Rechtspflege.

Einen bisher unbekanntem Grund zur sofortigen Ent-laffung hat der Vorsitzende der Kammer VI des Gewerbe-gerichts, Assessor Krause, anfindig gemacht. Der Brauer G. war von seiner Arbeitgeberin entlassen worden, weil er einen Sud Bier hatte verbrennen lassen. Trotzdem machte er einen Lohnentschädigungs-Anspruch geltend. Seine Klage wurde abgewiesen. Der genannte Gerichtsvorsitzende führte nun zur Begründung des Urtheils aus, der durch Schuld des Klägers der Beklagten erwachsene Schaden wiege die Klagefumme auf, außerdem sei G. aber auch mit recht entlassen worden, denn das Verbrennen des Suds lasse sich nur aus seiner Unfähigkeit zu der fraglichen Arbeit erklären.

Dies Urtheil berührt um so sonderbarer, als das Gewerbe-gericht bis jetzt den gesetzlichen Entlassungsgrund der „Unfähigkeit zur Fortsetzung der Arbeit“ immer nur dann für vorliegend erachtet hat, wenn jemand die Fähig-keit verlor, seine gewohnte Arbeit fortzusetzen. Den Verlust dieser Fähigkeit erblickte es in einer Krankheit, sinnloser Trunkenheit, der Einziehung zu einer militärischen Übung u. s. w. Niemand sah es aber in der nichtgründlichen Beherrschung einer Arbeitsmethode oder gar in der Vernachlässigung einer Arbeit die „Unfähigkeit zur Fortsetzung der Arbeit“. Hoffentlich wird Herr Assessor Krause mit seiner Entdeckung nicht im Gewerbe-gericht Schule machen.

Mit einem eigenartigen Rechtsstreit hatte sich das Reichs-Versicherungsamt zu befassen. Der Arbeiter Schmidt, welcher eine Unfallrente bezog, mußte eines schönen Tages die bürgerliche Freiheit mit der berühmten Anstalt zu Bran-sweiler vertauschen, um dort eine Strafhaft abzuhängen. Als bald stellte die zuständige Berufsgenossenschaft die Rentenabgabe ein. Sie berief sich darauf, daß Sch. in dem Gefängnis ja alles bekennete, was zum Unterhalt des Lebens gebührte. Vom Schiedsgericht dann verurtheilt, legte die Berufsgenossenschaft beim Reichsversicherungsamt den Rekurs ein, ohne indessen die Abänderung des schiedsgerichtlichen Urtheils zu erzielen. Das Rekursgericht ging von den folgenden Erwägungen aus: Die Uebertragung der für das Haftpflichtgesetz vom Jahre 1871 geltenden Grundsätze auf die Unfallversicherung sei nicht ohne weiteres zulässig. Die Unfallversicherungsgesetze machten eine Herabsetzung oder gänzliche Einstellung der Rente von einer wesentlichen Veränderung der Unfallfolgen abhängig. Die Strafhaft sei aber durchaus nicht geeignet, dem Verletzten seine volle Erwerbsthätigkeit wieder zu geben. Durch sie erfahre nur die Arbeitsthegenheit eine Beschränkung, das sei jedoch vom versicherungsrrechtlichen Standpunkt ganz unerheblich, darum mußte dem Inhaftirten auch während der Dauer der Haft die Rente gezahlt werden. Uebrigens könnte ja die Gefängnisverwaltung die Rente zur Deckung der Unter-haltskosten für den Häftling einziehen, da nach § 497 der Zivil-prozess-Ordnung der Verurtheilte die Kosten der Strafvollstreckung zu tragen habe.

Der fünfzehnjährige Sohn des Stellenbesizers Fentzel war von diesem eines Tages nach dem vom Heimalthdorf etwa 1/2 Stunden entfernten Malsbühl Friedberg gefandt worden, um eine dort reparierte Milchkanne zu holen. Auf dem Rückwege hatte er das Unglück, beim Passiren der Seileise der Sekundär-bahn von einem nichtbeachteten Zuge erfaßt und erheblich verletzt zu werden. Seinen später geltend gemachten Rentenanspruch wies die schlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft mit der Begründung zurück, daß ein Unfall im landwirtschaftlichen Betriebe nicht vorliege. Auch habe sich der Knabe nicht direkt nach Friedberg bewegt, sondern unterwegs einen Absteher zu Verwandten gemacht und außerdem nach Inmpfangnahme der Milchkanne noch die Schaufenster Friedbergs besichtigt, so daß er erst gegen 9 Uhr abends an das Bahngelände gekommen sei. In der Berufunginstanz wurde festgestellt, daß der etwas beschränkte Knabe den Namen des Klemper-meisters, zu dem er gehen sollte, vergessen hatte, und nur deshalb zu den Verwandten im Nachbarorte mit heran-gegangen war, um sich von seiner dort weilenden Schwester Be-scheid sagen zu lassen. Den Vater machte er aus Furcht vor Schelle nicht nochmal befragen. Nachdem dann das Schieds-gericht dem Verletzten die Rente zugesprochen hatte, erkannte auch das Reichs-Versicherungsamt zu dessen Gunsten. Gründe: Da die Kanne zum Betriebe der Landwirtschaft notwendig gewesen sei, habe der Knabe bei Ausführung seines Auftrags im Interesse derselben gehandelt. Auch sein Ausflug zu den In-verwandten sei nach den gemachten Feststellungen zur Wahrung dieses Interesses unternommen worden, und wenn er auf dem Heimwege hier und da vor einem Schaufenster stehen geblieben sei, so könne man daraus nicht schließen, daß er sich aus dem Betriebe hinausbegeben habe. Unzweifelhaft handele es sich um einen landwirtschaftlichen Betriebsunfall.

Gerihts-Zeitung.

Gewerblich-Prozess. Aus Leipzig wird berichtet: Durch Entscheidung des Reichsgerichts in Sachen Auer ist die vom Patentante angesprochene Verurteilung des so heiß umstrittenen Anspruchs 3 des Zusatzpatents „die Anwendung von aus Thoro-ryd bestehenden Glühkörpern, welche nach dem in Patentanspruch 3 des Hauptpatents bezeichneten Verfahren hergestellt sind“ aufgehoben und dieser Anspruch zu Gunsten der Auer-Gesellschaft wieder hergestellt worden. Im übrigen haben die Patentansprüche durch reaktionelle Umänderung eine Klarstellung erfahren.

Die Frage, ob die Veranmuthung von Schulfeierlich-keiten, wie sie am Sedantage, am Geburtstage des Kaisers und bei ähnlichen Gelegenheiten veranstaltet zu werden pflegen, als strafbare Schulveranmuthung anzusehen sei, eine Frage, die auch hier in Berlin bereits mehrfach erörtert worden ist, wurde, wie die „Pr. Ztg.“ berichtet, kürzlich von dem Gerichte in Solingen in verneinendem Sinne beantwortet. Ein Vater hatte sein Kind am Kaiser-Gebirthstage zu Hause behalten und infolge der von der Schule ersatteten Anzeige einen Strafbefehl erhalten. Er hatte Einspruch erhoben und das Gericht, das die Sache einmal verlag hatte, um sich über die Frage anderweitig zu informieren, hat nunmehr ent-gegen der Ansicht der Regierung entschieden, daß derartige Feti-ern nicht Verhinderungen im Sinne des Gesetzes sind, daß demgemäß also Eltern nicht gezwungen werden können, ihre Kinder an ihnen teilnehmen zu lassen. Der Rechtsanwalt will gegen das Urtheil Berufung einlegen; sollte es aber in den ferneren In-stanzen auch aufrecht erhalten werden, so wird man sich ent-schieden müssen, die bisher auch in Berlin in ähnlichen Fällen geübte Praxis, Veranmuthungen derartiger Feti-ern als unentschuldig-te Schulveranmuthung zur Anzeige zu bringen, zu verlassen. In vielen Fällen sind Eltern bekanntlich durch Strafvorfälle ge-zwungen worden, ihre Kinder an Feierlichkeiten teilnehmen zu lassen, mit welcher letzteren sie sich nicht im Einklangfühlen.

Derpeshen und letzte Nachrichten.

Brüssel, 18. Juli. (W. Z. B.) Nach Berichten vom Kongo hat der Kommandant Galtain den Häuptlingen M'bil, M'bina und M'boruma aus der Gegend von Welle, welche sich seit langem gegen die Herrschaft des Kongothaates auflehnten, eine blutige Niederlage beigebracht.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 165.

Freitag, den 17. Juli 1896.

13. Jahrg.

Aus dem Gewerbe-Inspektorenbericht für Berlin und Charlottenburg.

Wie eine vernichtende Auflage gegen Unternehmer und Behörden liegt sich in den letzten herausgegebenen Jahresberichten des kgl. preussischen Gewerbeberäthe der auf Berlin und Charlottenburg bezug habende Theil, der vom Regierungs- und Gewerbeberath Dr. Sprenger bearbeitet worden ist. Gegen die Unternehmer richtet sich die Anklage wegen der Gleichgültigkeit, ja Gehässigkeit, mit der von ihnen die Anordnungen zum Schutze von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter betrachtet werden, und die Regierung erhält, wenn auch nur zwischen den Zeilen eine nur zu sehr angebrachte Veltion wegen der Art und Weise, wie den in betracht kommenden Beamten der nothwendigste Theil ihrer Berufspflichten unter der Last der ihnen auferlegten Nebenarbeiten erschwert wird.

Von den sieben Gewerbe-Aufsichtsbeamten für Berlin und Charlottenburg sind im Laufe des Jahres 1895 in 2860 Fabriken 8084 Revisionen vorgenommen worden, davon nur 55 in der Nacht und 277 an Sonn- oder Festtagen. 1928 Anlagen wurden nur einmal, 298 zweimal und 184 drei oder mehrmals revidirt. Auf den einzelnen revidirten Betrieb entfielen mithin kaum anderthalb Besuche. Als Entschuldigung für diese ungenügende Kontrolle werden angeführt Abhaltungen durch eine Reihe Sitzungen, geforderte Berichterstattungen an den Oberpräsidenten in Krankentagen-Angellegenheiten, sonstige Aufträge des Handelsministers, zwei Dienstreisen, die im Ganzen 15 Wochen in Anspruch nahmen, Vertretungen infolge Erkrankungen etc., sowie die Beauftragung mit dem Nebenamt der Dampf-Kessel-Revisionen. Es heißt im Bericht: die sechs Beamten der drei Inspektionen hatten außer den (Fabrik-) Revisionen noch eine große Zahl von Besuchen in handwerkswichtigen Anlagen auszuführen und 707 Dampf-Kessel-Untersuchungen zu erledigen. An Ein- und Ausgängen, welche die Dampf-Kessel-Revisionen betreffen, weist das Journal der I. Gewerbe-Inspektion 815, der II. 716 und der III. 1127 auf, an welchen die Inspektion 2075, die II. 2778, die III. 2258 Sachen zu journalisiren und zu bearbeiten. Wenn außerdem die Gewerbe-Aufsichtsbeamten von der Orts-Polizeibehörde, von den Gerichten, von dem Bezirks- und von dem Stadtausschuss noch häufig in Anspruch genommen werden mußten, so wird es klar, daß die Schuld an der ungenügenden Revision an dem System und nicht an den einzelnen Beamten liegt.

Doch was auf engbegrenztem Gebiete entbedt wurde, ist schon bezeichnend genug für die gewerblichen Zustände im Staate der Sozialreform. Die Gewissenhaftigkeit des Unternehmertums leuchtet draußig aus einem Fall hervor, in dem ein Fabrikant dem revidirenden Gewerbe-Inspektor aufeinander zu setzen suchte, wie überflüssig die Revision seines Betriebes sei, da er selbst Vertrauensmann der Berufsgenossenschaft wäre und sehr wohl wisse, was zum Schutze der Arbeiter nöthig sei. Trotzdem fehlte es dort an nothwendigen Schutzvorrichtungen. Dem Ansinnen, solche anzubringen, begegnete der Herr, wie es im Bericht sehr reservirt heißt, mit wenig verbindlichen Aeußerungen. Durch die eingehende Revision wurden auch Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des § 137 der Gewerbe-Ordnung festgestellt. Das Verhältnis zwischen Berufsgenossenschaften und Gewerbe-Inspektoren wird überhaupt kurz aber deutlich durch die Bemerkung klar gelegt, daß ein Verkehr mit den Beauftragten und Vertrauensmännern der Berufsgenossenschaften, abgesehen von wenigen Ausnahmen, nicht stattgefunden habe.

Wenn auch das Verhältnis der Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu den Gewerbetreibenden als im großen und ganzen befriedigend bezeichnet wird, so giebt dies Urtheil der Bescheidenheit des Verfassers ein ehrendes Zeugnis, hat aber weiter nicht viel gutes zu bedeuten. In einem Falle wurde einem Gewerbe-Aufsichtsbeamten, als er die Anlage eines Gewerbetreibenden revidiren wollte, der in dem Verdacht stand, einen Anfall zum Trocknen ungegerbter Thierhelle ohne die nach § 16 der Gewerbe-Ordnung nothwendige Genehmigung zu betreiben, der Zutritt wiederholt verweigert. Ließ sich ein Arbeiter das Ungehörte beikommen, sich dergestalt gegen die Behörde aufzuheben, so erfolgt stramm und selbstverständlich die Anwesenheit von Gewalt und entsprechende Auflage. Nicht ganz so im dem Falle des rabiaten Unternehmers. Um die Anwendung von Gewalt zu vermeiden, so heißt es in dem Bericht, wurde zur Erreichung des Zweckes von dem Polizeipräsidenten eine richterliche Anordnung zur Durchsuchung der Geschäftsräume des Gewerbetreibenden beim Amtsgerichte beantragt und ein entsprechender Beschluß auf Grund der §§ 94 ff. und 102 ff. der Strafprozeß-Ordnung erlassen. Mit der Ausführung des Beschlusses wurde der betreffende Gewerbe-Aufsichtsbeamte beauftragt. Vergleicht man ein dergestalt mildes Vorgehen mit der Energie, welche die Behörde anwendet, wenn die Arbeiter ihre Forderungen einmal geltend machen wollen, so erscheint die Ursache der Klage des Gewerbe-Inspektors, daß ein auf Vertrauen begründeter Verkehr zwischen den Gewerbe-Aufsichtsbeamten und den Arbeitern sich in dem wünschenswerthen Umfange immer noch nicht herausbilden wollte, nur zu erklärlich. Wir wollen nicht das wenig vertrauens-erweckende Benehmen einzelner Gewerbe-Inspektoren anderen in jeder Beziehung pfllichtbewußten Beamten als Schuld anrechnen, obgleich bestimmte Vorfälle, die aus früheren Jahren bekannt geworden sind, wahrlich wenig geeignet waren, die Arbeiter von den guten Absichten der Inspektionsbeamten zu überzeugen. Aber wie soll ein erträgliches Verhältnis entstehen, wie soll Vertrauen bei den Arbeitern zu den Beamten eines Staates eintreten, der sein ganzes Dichten und Trachten darauf setzt, den politischen und gewerkschaftlichen Organen und Organisationen derselben Arbeiter, deren Vertrauen gefordert wird, durch unglückliche Polizeipraktiken und gerichtliche Auflagen das Leben sauer zu machen. Die Arbeiter müßten doch erbärmliche Remmen sein, wenn sie die Schläge, die gegen ihre Vertreter geführt werden — sei es durch einen mit Pauken und Trompeten ins Werk gesetzten Vereinsprozeß, sei es durch eine geringe, wegen Fernhaltung des Jugugs arrangirte Groben-Ansatz-Anlage — nicht selber im eigenen Gesichte spühlten! Dieser Theil der Klagen in den Inspektionsberichten hängt mit dem System zusammen und er wird wiederkehren so lange, bis das System an sich selber zu Grunde gegangen ist.

Was an statistisch interessanten Aufstellungen in dem Berichte des Berliner Gewerbe-Inspektors vorhanden, soll bei einer späteren Gelegenheit eingehender betrachtet werden. Für heute mögen noch einige Mittheilungen ausgegraben werden, welche vom Berliner Unternehmertum den um das Wohlergehen seiner Arbeiterinnen besonders besorgten Theil in antilcher Beleuchtung zeigen. Nach der Aufnahme des Jahres 1895 wurden in 2049 Fabriken 16 521 Arbeiterinnen von 16 bis 21 Jahren und 21 095 über 21 Jahre, zusammen 37 616 erwachsene Arbeiterinnen beschäftigt. Trotzdem die Zahl der Anlagen, welche Arbeiterinnen verwenden, gegen

das Vorjahr um 63 zurückgegangen ist, ist die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen, in Gemäßheit der ökonomischen Entwicklung, um 3206 gestiegen. Von den 73 durch die Gewerbe-Aufsichtsbeamten und den 102 durch die Polizeibehörde ermittelten Zuwiderhandlungen bezogen sich die meisten, nämlich 76, auf die Bestimmungen über die Beschäftigung der Arbeiterinnen an Sonntagen. Ich zehn Fällen wurden Arbeiterinnen bei Nachtarbeit betroffen. Die bekannte Klage, daß die Arbeitgeber sich um die Einhaltung der einständigen Mittagspause dadurch herumdrücken, daß sie erklären, es sei ihre Ansicht, wenn sie den Arbeiterinnen diese Pause gewährten, so könnten sie doch nicht für ihre Innehaltung verantwortlich sein, lehrt auch diesmal wieder. Die Nichtbeachtung des Verbots der Nachtarbeit ist, wie der Gewerbe-Inspektor ausdrücklich erklärt, selten an Unkenntnis, sondern meist auf Abicht zurückzuführen. Die milde Beurtheilung, welche die Gerichte derartigen Uebertretungen meistens angedeihen lassen, wird vom Gewerbe-Inspektor gelegentlich der Besprechung eines Falles aus einer Zeitungsdruckerei besprochen. Der Unternehmer war für die Nachtarbeit zu 20 Mark Geldstrafe verurtheilt worden. Die Geringfügigkeit der Strafe, so heißt es im Bericht, ist kaum geeignet, Gewerbe-Unternehmer von dergestaltigen Zuwiderhandlungen abzuhalten. Angenommen, so schreibt Herr Dr. Sprenger, das Vergehen sei am ersten Tage der nächsten Beschäftigung der Arbeiterinnen festgestellt worden und der Beklagte hätte den 7 beschäftigten Arbeiterinnen nur je 50 Pf. weniger Lohn gezahlt, als Arbeiter beanprucht haben würden, so hätte er, da er des Vergehens am 20. April überführt und am 20. August, also nach Verlauf von 119 Tagen verurtheilt worden ist, immer noch $119 \times 0,5 \times 7 = 416,5 - 20 = 396,5$ M. gewonnen.

Die Zahl der festgestellten Zuwiderhandlungen ist von 180 auf 248 und diejenige der deswegen bestraften Personen von 19 im Vorjahre auf 82 im Jahre 1895 gestiegen. Der Gewerbe-Inspektor schreibt diese Zunahme der Befragungen der geschärften Kontrolle zu. Mag sein, aber wir denken, daß auch die aufsteigende Geschäftskonjunktur das Unternehmertum zu Uebertretungen der auf den Arbeiterinnen Schutz bezug habenden Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung angestachelt haben wird. Wie die angeführte Bestrafung erweist, richtet der Unternehmer ja selbst in Falle der Entdeckung außerordentlich wenig bei Gesetzesübertretungen.

Anträge wegen Bewilligung von Ueberarbeit werden 87 bewilligt und 32 abgewiesen. Die Zahl der bewilligten Anträge ist gegen das Vorjahr um 9 gestiegen. Aus welchen Gründen Anträge auf Ueberarbeit bisweilen eingereicht werden, lehrt die folgenden, im Bericht mitgetheilten Beispiele. Eine Brauerei wollte Arbeiterinnen länger als elf Stunden mit Flaschenzapfen beschäftigen und eine Buchbinderei wüßte Ueberarbeit, um das Adreßbuch mit Rücksicht auf eine Konkurrenz-Unternehmen schneller fertigstellen zu können. Von den meisten Wäschefabriken des Bezirkes waren auf Verabredung gleichlautende Anträge eingegangen. Die Rücksprache der Gewerbe-Inspektoren mit den Fabrikanten ergab, daß ein Bedürfnis für Ueberarbeit größtentheils nicht vorlag. Die Anträge waren hauptsächlich gestellt worden, um das Geschick eines Berufsgenossen zu unterstützen. Dies Gesuch wurde abgewiesen, nachdem die übrigen freiwillig zurückgezogen waren. Gesundheitschädlich nennt der Gewerbe-Inspektor namentlich die Plättereien, in denen nach neuer Methode mit glühenden Holz, die durch Gas geheizt sind, gearbeitet wird. Die Luft in diesen Räumen ergab einen hohen Gehalt an Kohlenstaub.

Schließlich verbreitet sich der Gewerbe-Inspektor noch über die sittlichen Zustände in den Gewerbetrieben. Die Klagen über unwürdige Behandlung der Arbeiterinnen haben eben zu als abgenommen und wurden, wie der Bericht weiter gewissenhaft konstatiert, mehrfach in Arbeiterversammlungen und in der Presse laut. Auch den Gewerbe-Aufsichtsbeamten sind dergestalt Mittheilungen geworden. Leider kann, wie der Gewerbe-Inspektor meint, dem Uebel nicht wirksam entgegen getreten werden, solange nicht die von den Arbeitgebern oder ihren Beamten gegen Arbeiterinnen verübten unsittlichen Attentate von Amts wegen strafrechtlich verfolgbar sind. Das ist ein sehr merkwürdiges Argument. Wenn Sozialdemokraten etwas beginnen, was den Machthabern unzulässig als Vergehen erscheint, so ist man doch nie um Mittel und Wege verlegen, sie vor den Richter zu bringen, und den von Unternehmern und deren Vertretern geübten Abscheulichkeiten gegenüber sollte die Energie des Staatsanwalts versagen? Et, der Teufel!

Für heute genug aus der Anklageschrift des Gewerbeberäths Sprenger. Ein nächster Artikel soll sich namentlich mit dem besassen, was in Berlin euphemistisch Arbeiterschutz genannt wird.

Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Halle a. S., den 15. Juli 1896.

Wethge-Magdeburg polemisiert gegen Gash und verteidigt den Zentralvorstand. Redner spricht sich gegen die Tarifgemeinschaft aus.

Steinbrück-Dresden greift Gash an, der Mißbrauch mit der ihm verliehenen Macht getrieben habe.

Dominé-Frankfurt a. M.: Zweimal bin ich ja schon geächtet, einmal als Gehilfenvertreter, das andere Mal als Vorsteher des Bundes Frankfurt-Hessen und doch wage ich zum dritten Male die Schandthat zu begehen, für die Tarifgemeinschaft einzutreten. Ich kenne die Stimmung unter den Kollegen meines Kreises und konnte mich nicht entschließen, die Existenz von hunderten Familienvätern aufs Spiel zu setzen.

Höger-Wien: Gestatten Sie mir im Namen der österreichischen Kollegen einige Worte. Wir haben in Oesterreich auch Gegner der Tarifgemeinschaft, aber die Freunde der Tarifgemeinschaft sind in der Mehrzahl, sie meinen, der Tarif muß auch den schlechter situirten Kollegen in der Provinz zu gute kommen. Bedauerlich ist es, daß hier alles in breiter Öffentlichkeit verhandelt wird. Vieles wird gewiß gegen die Buchdrucker ausgesprochen werden. Mit Bedauern haben wir von den schlechten Verhältnissen der Buchdrucker in Deutschland Kenntnis genommen. Wir wollen uns in die Differenzen nicht einmischen, wenn wir uns auch in Oesterreich mit Ihnen zusammengehörig betrachten und hoffen, daß die Beziehungen zwischen den deutschen und österreichischen Kollegen immer enger werden. Die Opposition gegen die Tarifgemeinschaft halten wir für begreiflich, die Ausnahmezustellung der Maschinenmeister und der Städte unter 20 000 Einwohnern hat uns Wunder genommen. Unbegreiflich war uns aber der Streit zwischen dem Verbandsvorstand und „Correspondent“. Dieser hat uns irritirt. Wir sind auf die übrigen Arbeiter angewiesen, wer sich für mehr als einen gewöhnlichen Proletarier hält, ist der größte Feind. Vor der Politik dürfen Sie sich deshalb nicht fürchten. Wir müssen Politik treiben und gesunde wirtschaftliche soziale Politik. Die Buchdrucker müssen Sozialdemokraten sein, sonst ver-

sehen sie ihre Zeit nicht. Für die Arbeiter giebt es keine Periode des Stillstandes, der Kampf darf nicht aufhören, besonders nicht der passive Widerstand, der den Prinzipalen am allerungenehmsten ist. Schließlich möchte ich Ihnen empfehlen, die Klagen gegen Gash zurückzunehmen. Die Generalversammlung ist das Forum für den Streit, nicht das Gericht. Das ist nicht unser Gericht, wir dürfen es nicht behelligen. Herr Wiese hat den Antrag gestellt, Herrn Gash aus dem Verbandsauschuss auszustufen. Es ist wohl besser, wenn dieser Antrag zurückgezogen wird. Denn sonst ist die Einigkeit von neuem gefährdet und nur mit Einigkeit können wir das Banner des völlerbefreienden Sozialismus siegreich gegen das Unternehmertum tragen. (Beifall.)

Schiegl-Wien tritt im Anschluß an die Ausführungen seines österreichischen Kollegen für die Tarifgemeinschaft ein, die schon gegenüber den Fortschritten der Technik geboten erscheint.

Döblin theilt mit, daß noch 44 Redner eingetragen sind und giebt zur Erwägung anheim, ob nicht eine andere Art des Debattirens Platz greifen soll. Hierauf verlag er die Weiterberatung auf Donnerstag.

Halle a. S., den 16. Juli 1896.

Eine längere Geschäftsordnung, Debatte hat das Resultat, daß die Redezeit für alle Redner, mit Ausnahme der Herren Reyhäuser, Gash und Döblin, auf 15 Minuten beschränkt wird. Klapproth-Hannover hält einen Rückblick auf die Tarifverhandlungen und verweist auf die Nothwendigkeit der Tarifgemeinschaft.

Heilmann-Hamburg beantragt, über den Tarif die Entscheidung der Kollegen durch Abstimmung herbeizuführen. Ferner eine Neuwahl sämtlicher Verbandsbeamten (zu denen auch der Correspondent-Redakteur gehört) vorzunehmen. Es brauche nicht erst der Antrag gestellt werden, Herrn Gash abzusetzen. Die Abstimmung werde zeigen, daß Gash das Vertrauen fast aller Kollegen verloren habe, daß er abgethan sei für alle Zeiten.

Schroter-Stuttgart hält den Tarif für einen bedeutenden Fortschritt, die Einrichtung des Tarifamts mit den Arbeitsnachweisen und Schiedsgerichten seien aber zu verwerfen; dieses könne geradezu den Verband schädigen.

Heilmann-Berlin weist darauf hin, daß er schon auf der letzten Generalversammlung eine Beschränkung der Befugnisse des Correspondent-Redakteurs verlangt habe. Damals sei man lächelnd über seinen Antrag hinweggegangen; wie Recht er gehabt habe, beweisen die Vorgänge der letzten Zeit.

Döblin konstatiert im Namen des Bureau, daß Herr Gash, der wochenlang im Lande umhergereist sei und agitirt hätte, es nicht der Mühe für werth halte, heute den Verhandlungen beizuwohnen.

Andreas-Hamburg (zur Geschäftsordnung): Ich halte es für selbstverständlich, daß sich Herr Gash hier nicht zeigen läßt. Wenn er noch einen Funken Ehrer im Leibe hat, hätte er meinem Gesühl nach schon am Montag Abend abreisen müssen. (Sehr richtig!)

Stoy-Chemnitz tritt für die Tarifgemeinschaft ein, die Gründe der Opposition hätten ihn nicht überzeugt.

Weißwägener-Nürnberg erklärt sich für die Tarifgemeinschaft und gegen die Abstimmung.

Bojus-Stuttgart und Wendische-Dresden sprechen sich für Tarifgemeinschaft aus.

Nachdem noch Schramm-München für die Tarifgemeinschaft eingetreten ist, tritt eine längere Pause in den Verhandlungen ein.

Nach Wiederöffnung der Verhandlungen bemerkt der Verbandskassirer Eisler, daß ihm die Rechnung seitens der „Correspondent“-Druckerei zugegangen sei und daß darin zweimal je 20 000 Flugblätter des Herrn Gash in Rechnung gestellt seien. Er setze mit dem Vorstand auf dem Standpunkt, daß der Verband die Zahlung dieser beiden Posten ablehne.

Gash (der eben in den Saal getreten ist) ersucht die Versammlung, ihm jetzt das Wort zu einer nochmaligen Verteidigung zu geben.

Die Versammlung beschließt, Herrn Gash jetzt nicht das Wort zu geben.

Eisler-Leipzig ist im Prinzip gegen die Tarifgemeinschaft, glaubt aber, man müsse sich mit der gegebenen Thatsache abfinden.

Golbs-Dresden hält es für eine Pflichtverletzung des Vorsitzenden Döblin, daß er das Unterschrift-Geben nicht inhibirt habe, obwohl er von dem Verlangen der Prinzipale Kenntnis gehabt habe. (Auf: Abscheu!) Vom Abscheu ist keine Rede, aber es soll ausgesprochen werden, daß Döblin seine Pflicht nicht gethan hat.

Schneider-Breslau ist Gegner der Tarifgemeinschaft, verwahrt sich aber dagegen, daß er mit Herrn Gash durch Dieb und Damm gehe.

Saas-Mainz ist Freund der Tarifgemeinschaft und weiß, daß diese Meinung von der überwiegenden Mehrheit der Kollegen in seinem Gau getheilt wird.

Michaelis-Erfurt gehört zur Opposition, er verurtheilt das innerwährende Verhandeln und weist an einem Beispiel aus seiner Praxis aus Naumburg nach, daß mit recht energische Vorgehen zum Ziele führt.

Es sprechen noch mehrere Redner, aber neue Gesichtspunkte treten dabei nicht zu Tage.

Es sind folgende Resolutionen eingebracht worden:

„Die außerordentliche Generalversammlung erklärt sich unter den obwaltenden Umständen mit dem Resultat der stattgehabten Verhandlungen des Tarifausschusses bezüglich des ersten und zweiten Theils des Tarifs einverstanden, verwirft aber die im dritten Theil §§ 44-48 beschlossene Tariforganisation als nicht im Interesse der organisirten Gehilfenschaft liegend. Die Tarifvertreter werden beantragt, das Insultentreten dieser Institutionen zu verhindern bis zu der für das Jahr 1898 stattfindenden Generalversammlung des Verbandes, welche letztere nach den bis dahin gemachten Erfahrungen auf neue Stellung zur Tariffrage zu nehmen hat.“

Schroter-Stuttgart:

„In anbetracht, daß der Kollege Gash in seiner Eigenschaft als Redakteur sich des größten Mißbrauchs seines Amtes insofern schuldig gemacht hat, als er das Gehilfenblatt zur Bekämpfung und Beschimpfung unserer Organisation benutz hat und sich zur Herbeiführung einer Spaltung bereit erklärt hat, spricht die heutige Generalversammlung die sofortige Amtsentsetzung des Redakteurs Gash hiermit aus. Sollte nach der Generalversammlung Herr Gash die geringste Thätigkeit zur Herbeiführung einer Spaltung vornehmen, so wird der betreffende Vorstand, in welchem Herr Gash sein Domizil hat, aufgefodert, gegen denselben nach § 3 Absatz b des Verbandsstatutes vorzugehen. In derselben Weise soll gegen diejenigen Mitglieder vorgegangen werden, welche Handlungen zur Herbeiführung einer Spaltung unternehmen.“

Mathusius-Steinbrück:

„In der Rednerliste erhält nach einigen weiteren Rednern Gash-Weipzig das Wort. Er verwahrt sich dagegen, daß er aus selbstsüchtigem Interesse gegen die Tarifgemeinschaft ausgetreten sei. Er sucht aus Briefen Döblin's nachzuweisen, daß dieser gleich nach Beendigung des 1891/92er Streiks das Bestreben gezeigt habe, mit den Prinzipalen wieder zu verhandeln, während er immer davon abgerathen habe. Die Verhandlungen der diesmaligen Tarifkommission seien

ihm von Anfang an zu lang gewesen. Er sei immer konsequent gewesen und habe dem Vorstande nicht pauper peccavi gesagt, häufig habe der Vorstand sich den Ansehen gegeben, als sei er mit ihm (Wasch) einverstanden. Wenn Döblin heute frühere Artikel von mir ins Feld führt, so sei das sehr unehrlich, denn diese Artikel seien geschrieben nach vorausgegangener Verständigung mit dem Vorstande. Er habe eben Konzeptionen gemacht und das sollte man ihm danken. Zudem hätte die Stuttgarter Generalversammlung beschlossen, daß der „Correspondent“ Redakteur sich in tatsächlichen Fragen dem Zentralvorstande unterzuordnen habe. Er habe also nicht inkonsequent gehandelt, sein damaliges Verhalten stehe mit dem heutigen nicht im Widerspruch. Mit dem friedlichen Ton im „Correspondent“ sei er nicht für die Tariforganisation eingetreten, die unbedingt den Verband lähmen müsse. Sein ganzes Verbrechen bestehe darin, daß er sich nicht untergeordnet habe und nicht den von Döblin gewünschten feindseligen Standpunkt gegen die Sozialdemokratie eingenommen habe. (Döblin widerspricht.) Diese Briefe werde er noch verlesen. In seiner Broschüre habe er behauptet, daß der Unterstufungsverein nur unter der Bedingung genehmigt worden sei, daß er auf Streiks verzichte. Herr Döblin habe das bis jetzt noch nicht bestritten. Seine Voraussetzung trafe wohl also zu (Döblin ruft: Das war keine Bedingung). Döblin sehe in den Verhandlungen den einzigen Weg zum Heile der Gehilfenschaft. Das böse Blut habe hauptsächlich das Inserat, in welchem die Broschüre unter dem Titel „8 Jahre im Polizeidienst“ angelündigt worden ist, gemacht. Das Inserat sei unpraktisch gewesen und er bedauere es, der Beweis der Polizeidienste sei nicht gelungen, das Inserat sei eben in der Aufregung verfaßt und es wäre auch nicht erschienen, wenn nicht der Kronzeuge Hoffmann dazu gerathen hätte. Redner verliest einen Brief Hoffmann's der von Beschimpfungen Döblin's und des Vorstandes froht. (Stengle ruft: Auch ein Charakter.) Döblin sei ein eingetuschelter Gegner der Sozialdemokratie, alles sozialdemokratische bei ihm wäre ihm eine Phrase. In einem Briefe schreibe er, Sabel und Diebstahl würden immer mehr Theoretiker, in einem anderen Briefe: Wir sind überzeugt, daß es der Parteileitung gar nicht erist ist mit der Förderung der Gewerkschaftsbewegung sei. Angriffe auf die praktische Gewerkschaftsbewegung müssen selbst dann zurückgewiesen werden, wenn sie von der uns am nächsten stehenden Partei erfolgen. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!) Er habe zum Kölner Parteitag nicht gleich Stellung genommen, Döblin habe ihn aufgefordert, gegen Auer Stellung zu nehmen. In einem dritten Briefe heißt es: Wir schätzen Ihre Kraft, Meinungsverschiedenheit besteht nur darin, daß Sie das Blatt vom Klassenstandpunkt redigieren wollen, während wir am dem Standpunkt der praktischen Gewerkschaftsbewegung festhalten wollen. Sie haben nun zu entscheiden. Ich wiederhole, ich konnte nicht gegen meine Ueberzeugung für die Tarifgemeinschaft eintreten.

Hierauf verlag Döblin die Verhandlungen auf Freitag früh 8 Uhr.

Lokales.

Arbeiter-Bildungsschule. Wir machen unsere Mitglieder hierdurch noch besonders auf die heutige Annonce aufmerksam. Wegen der plötzlichen Abreise unseres Vorsitzenden nach seinem unzeitigen Sommeraufenthalt in Rummelsburg, der ihm wegen Vortrag des albkantons Herwegh's Gedichtes „Welt und Arbeit ruft die Welt“ zukünftig worden ist, muß die Generalversammlung mit Rücksicht auf einige wichtigere Beschlüsse schon heute Abend um 8 Uhr bei Hoffmann, Alexanderstraße 27c, stattfinden.

Der Vorstand der Arbeiter-Bildungsschule.

Die Parteigenossen von Rummelsburg werden auf die am Sonntag, den 19. Juli, nachmittags 2 Uhr, in Ober-Schönweide bei Daxland stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht, an die sich ein Familien-Besammenkunft anschließt. Siehe das Inserat in der morgen erscheinenden Nummer des „Vorwärts“. Der Vertrauensmann.

Achtung, Schöneberg! Die Parteispedition besorgt pünktlich den „Vorwärts“, das „Volksblatt“ und die sonstige Parteiliteratur. Wer sein Blatt noch nicht von der seit dem 1. Juni bestehenden Parteispedition bezieht, wolle sich zum 1. August in die an folgenden Stellen anliegenden Listen einschreiben: Expediteur Wilm. Bäumler, Belgierstr. 59, Stf. part.; Restaurateur Osk. Grunwaldstr. 110; Klein, Mersburgerstr. 7; Pinzer, Rollendörferstr. 18; Hoffmann, Sedanstr. 10; Schiller, Golzstr. 43. Auch nimmt der Expediteur Inserate für den „Vorwärts“ und das „Volksblatt“ entgegen.

Der Les- und Diskutierklub Südbst gibt bekannt, daß das zum Sonnabend arrangierte Sommerfest der erfolgten Sperre wegen nicht bei Jacob in Treptow, sondern bei Otto, Restaurant zum Karpfenteich stattfinden. Näheres bringt die morgen erscheinende Annonce. Das Komitee.

In Köpenick liegen die Listen zur Stadtvorordnung vom 15. Juli ab 14 Tage lang im Rathause aus. Jeder Wahlberechtigte hat die Pflicht, sich davon zu überzeugen, ob sein Name richtig eingetragen ist.

Der Vertragsentwurf der Großen Berliner Pferdebahngesellschaft über Umwandlung des Pferdebahnbetriebes in den elektrischen liegt jetzt gedruckt vor und ist den interessierten Gesellschaften bereits zugestellt worden. Zur Beratung dieses neuen Vertrages sind die Vertreter der letzteren auf nächsten Freitag Nachmittag nach dem Rathause beschieden worden, um sich dort über die abgeänderten Bestimmungen zu äußern. Die Konzessionsdauer läuft, wie bereits mitgeteilt, am 31. Dez. 1919 ab; diese Bestimmung bezieht sich auch auf alle noch zu bauenden Linien. Hinsichtlich einer Reihe von neuen Linien (Weiden-dammer Straße - Friedrichstraße unter Ueberschreitung der „Einden“ bis Behrenstraße; Schlesische Straße durch die Waldemar-, Buchower-, Dresden- und Köpstraße nach dem Kölnischen Fischmarkt; Behren-, Markgrafen-, Jülicherstraße; Friedrich- und Kochstraßen-Gänge durch die Friedrichstraße bis Behrenstraße; Museumsstraße - Schloßplatz; Kaiser Wilhelm-Brücke bis Hirtens- eventuell Votringerstraße etc.) wird die Genehmigung erneuert, auch soll es bei der Vorrechts-Zulassung für den Bau von Bahnen durch die Wilhelmstraße, die „Einden“, die Friedrich- und Kaiser Wilhelmstraße sein Bewenden behalten. Bei Ausführung der auf dem Kölnischen Fischmarkt endenden Linie soll die Pferdebahngesellschaft eine Abgabe von 160.000 M., beim Bau der Linie Museumsstraße - Schloßplatz eine solche von 20.000 M. an die Stadt zahlen. Die Gesellschaft hat ferner auch solche Linien zu bauen, deren Ausführung der Magistrat als im öffentlichen Interesse notwendig erachtet, und zwar innerhalb des Reichsbahns und im Höchstbetrage von 100 Kilometern doppelgleisig; dabei erfährt die Stadt für die in den Jahren 1902/7 zu bauenden Linien 1/3, für die in den Jahren 1908/11 auszuführenden Strecken 1/2 der Baukosten und behält sich hinsichtlich der Zeit bis 1919 eine weitere Vereinbarung vor. Betreffs der Betriebsart wird die oberirdische Stromzuführung vorgeschrieben, nur dort, wo es der Magistrat verlangt, das gesamte System mit Accumulatoren. Sollte sich später ein für Berlin geeigneteres System bewähren, so kann die Gesellschaft dies einführen, sie ist dazu verpflichtet, falls die Stadt es verlangt, erhält aber für die Mehrkosten eine feinerzeit festzusetzende Entschädigung. Die Stromquelle bestimmt der Magistrat, der sich gleichzeitig das Recht vorbehält, der Gesellschaft in Ausnahmefällen die Errichtung eigener Zentrals, sowie das Ziehen von Kabeln etc. zu gestatten. Für den Betrieb sind umfassende Schutzmaßnahmen zur Verhütung von Unglücksfällen zu treffen, insbesondere auch die städtischen Anlagen zu sichern, sowie Vorkehrungen gegen die schädlichen Einwirkungen der vagabundierenden Ströme zu treffen.

Was den Zeitpunkt der Umwandlung des Pferdebahnbetriebes in den elektrischen anbetrifft, so ist folgendes festgesetzt worden: Die Pferdebahngesellschaft hat binnen acht Wochen nach Vertragsabschluss die staatliche Genehmigung einzuholen und dann sofort mit dem Bau zu beginnen, der innerhalb der folgenden fünf Baujahre beendet sein muß, so daß der Betrieb eröffnet werden kann. Die der Stadtgemeinde zu gewährenden Betriebsabgabe ist wie folgt festgesetzt worden: Bei einer Brutto-Einnahme bis 6 Millionen Mark sind zu zahlen 4 pCt., bis 7 Millionen 4 1/2 pCt., bis 8 Millionen 5 pCt. und so fort, bis 12 Millionen 7 pCt., dann bis 13 Millionen 7 1/4 pCt., bis 14 Millionen 7 1/2 pCt. und so fort bis zu einem Höchstbetrage von 10 pCt. der Brutto-Einnahme. Diese Abgabe ist von dem Zeitpunkt an zu entrichten, mit welchem die Hälfte des Bahnbetriebes für den elektrischen Betrieb umgewandelt ist, spätestens aber nach Ablauf von drei Jahren, vom Tage des Vertragschlusses ab gerechnet. Bis dahin muß auch die Verschmelzung der Großen mit der Neuen Berliner Pferdebahngesellschaft erfolgt sein. Die §§ 32 und 33 enthalten das Nähere über das Verbot von Klagen, Inskripten und die Einführung des Zehnprozent-Tariffs für das städtische Weichbild. Der letztere ist spätestens nach Ablauf von 5 Jahren nach Vertragsabschluss einzuführen. Auf den Endstationen und an gewissen Haltestellen hat die Gesellschaft endlich auch angemessene Warte-räume einzurichten zu lassen, sofern der Magistrat dies verlangt. Nach Ablauf der Konzession (31.12.1919), oder beim Erlöschen der staatlichen Genehmigung gehen der Bahnkörper, die Masten, Leitungsdrähte, Warte-räume etc. ohne Entgelt in das Eigentum der Stadt Berlin über.

Die zahlreichen Unglücksfälle in unserem Eisenbahn-Betrieb bringen merkwürdigerweise nur den Weichensteller, den Bahnhofsmeister, den Rangmeister, den Bahnwächter, den Lokomotivführer, kurz die kleineren Beamten vor Gericht und ins Gefängnis. Also gerade diejenigen, die Leben und Gesundheit für diesen gefährlichen Betrieb am meisten einzusetzen gezwungen sind, stehen gleichzeitig dem Kerker, der Dienstentlassung und dem Glend am nächsten. Die Staatsanwaltschaft sollte bei einem Eisenbahn-Unglück danach fragen, ob nicht vielleicht die ungewöhnlichen, unverständlichen oder unhaltbaren Dienstvorschriften, die von der Eisenbahn-Direktion ausgehen, die wahre Ursache, der geistige Urheber eines großen Unfalls sind. — Bei der jetzigen Methode wägen die Direktionsmitglieder, wie und geschrieben wird, ihre Verantwortlichkeit für den gefährlichen Eisenbahnbetrieb durch Dienstvorschriften, d. h. durch Broschüren mit zahlreichen Paragraphen, auf die Streckenbeamten und auf das Bahnpersonal ab. Ein Lokomotivführer muß auf seiner Maschine ein ganzes Bündel solcher Vorschriften-Bücher mit sich führen, die zusammen hunderte von Paragraphen enthalten, und die so gefaßt sind, daß uns ein Lokomotivführer gelegentlich versicherte, er sei schon eigentlich strafbar, wenn er auf der Maschine stehe! —

Es kann daher bei Projekten gegen die armen Eisenbahn-Unterebenen den Verteidigern nicht dringend genug empfohlen werden, diese Dienstvorschriften-Bündel aus Tageslicht zu ziehen; der Staatsanwalt soll mit Leichtigkeit Paragraphen finden, um das „schuldig“ zu beweisen.

Sehr viele Unfälle würden vermieden werden, wenn man endlich anfing, bei Eisenbahnbeamten-Projekten auch die Dienstvorschriften einer Prüfung zu unterziehen und klarzustellen, inwieweit die Direktionsmitglieder bei dem Betriebsunfall verantwortlich zu machen sind. — Rein anderer Betrieb stellt so hohe Anforderungen an die Intelligenz gerade der Unterebenen, wie das Eisenbahnenwesen, darum sollten die Oberbeamten doppelt verpflichtet sein, alles anzubieten, was diesen Dienst vereinfacht und erleichtert; aber nicht das Recht haben, soviel wie möglich von sich abzuwälzen.

Ueber den Unglücksfall im Schloß Weisenhof wird uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt, daß der ungehörige Mastbaum, welcher die Geschwister Raubisch traf, entgegen den bisherigen Mitteilungen, unmittelbar über dem Erdboden gebrochen ist. In der Bruchstelle war das Holz derart verfaulen, daß man sehr bequem mit den Fingern Stücke davon abbrechen konnte. Es erscheint demnach sehr zweifelhaft, daß der Baum — wie es heißt — noch wenige Stunden vor dem Unfall auf seine Festigkeit geprüft worden sein soll, umso mehr als ein gesunder und gut beschlagter Mastbaum wohl schwerlich durch das Ziehen einiger Kinder umgerissen werden kann. Der morsche Zustand des Reiterbaumes könnte wohl dem Inhaber des Lokals nicht ganz unbekannt gewesen sein, da in einem Teile des Gartens, der zwar für gewöhnlich gesperrt ist, aber doch ausnahmsweise vom Publikum benützt wird, hölzerne Banischleiten stehen, die ebenfalls von der Fäulnis derart angegriffen sind, daß deren Benutzung polizeilich untersagt ist. Ueber das „menschenfreundliche“ Benehmen von Bediensteten des Lokals berichtet unser Gewährsmann, daß jemand, der in der Küche Wasser zur Kühlung der verunglückten Kinder forderte, die Antwort erhielt: „Dazu haben wir unser Geschir nicht!“. Erst nach etwa 15-20 Minuten erschien endlich ein Kellner mit einem halben Glase Wasser, dem später der Wirt mit einem Eimer Wasser folgte. Auch die Herbeiführung eines Arztes machte einige Schwierigkeiten, da die Feststellnehmer natürlich in Weisenhof nicht Verschuldete wußten und die angegangenen Angestellten des Restaurants sich weigerten, einen Arzt zu holen, da sie ihren Posten nicht verlassen dürften. Uebrigens scheint es uns, die Polizei thäte besser, sich um so gefährliche Spielvorrichtungen mehr zu kümmern, als danach zu jahnen, daß nicht irgend „staatsgefährliche“ Verse gesungen werden.

Ein Kriminalbeamter? Folgendes Stück Sittengeschichte trug sich vor einigen Abenden im Südkosten der Stadt zu. Die Frau des Arbeiters E. aus der Rannunstraße ging mit ihrer sechzehnjährigen Tochter nach der Stadtdreierstraße. Die beiden Damen wollten, wie häufig, so auch diesen Abend Herrn G. von seiner dort besüblichen Arbeitsstätte abholen. Am Oranienplatz wurde Fraulein G. dadurch plötzlich überrascht, daß ein Mensch, den sie für betrunken hielt, mit ausgebreiteten Armen dicht hinter ihr stand, und sie anscheinend umfassen wollte. Vor Schreck rief Fraulein G. um Hilfe und die Mutter verzelebte nicht, den Lüßling in energischen Worten zurechtzuweisen. Dieser jedoch ließ sich nicht irre machen, er verfolgte die Damen weiter und ging ziemlich in dem Moment, als sie Herrn G. an der Oranienstraße getroffen hatten, auf einen Schuhmann zu. Als der Mann darauf mit diesem Beamten ein Gespräch begann und beide alldann dicht hinter der Familie hergingen, rief der Frau E. endlich die Geduld; sie machte ihren Mann auf den Verfolger aufmerksam und richtete gleichzeitig an den uniformierten Beamten die Aufforderung, die Personalken seines unheimlichen Begleiters festzustellen. Dieser aber zog eine metallene Marke hervor und bezeichnete sich als einen Kriminalschuhmann. Während der empörte Herr G. dem angeblichen Kriminalbeamten selbstverständlich energisch die Wahrheit sagte, verlangte der uniformierte Schuhmann Namen und Adresse des Vaters. Es versteht sich, daß Herr G. die merkwürdige Affäre weiter verfolgen wird.

Wie sehr sich die Vermietner möbliert Wohnungen geirrt haben, wenn sie glauben, durch die Ausstellung ein gutes Geschäft zu machen, davon bekommt man erst ein richtiges Bild, wenn man einige Zahlen hört. Zu Anfang dieses Monats suchte der „Staatsbürger-Zeitung“ zufolge ein Lehrer in Schwebus durch Inserat in einer hiesigen Zeitung für die Ferien eine möblierte Wohnung. Innerhalb drei Tagen erhielt der Herr 572 Offerten, und zwar gleich 218 mit einer Post. Das Inserat hatte einschließlich Briesporto 1 M. gekostet. Die Post hat an Porto für die Offertbriefe und Karten 27,85 M. eingenommen. Unter den Angeboten waren alle Stände vertreten.

Zwei schlimme Vorkommnisse werden aus Groß-Vichtersfelde gemeldet. Auf offener Straße hat ein junger Mann einen betrunknen Arbeiter angehauen und erheblich verletzt. Gegen den Thäter ist ein Strafverfahren eingeleitet worden. — Ein erst 16 Jahre alter Bursche hat sich an einem sechsjährigen Mädchen schwer vergangen. Den jugendlichen Unhold hat man bereits festgenommen und nach Moabit gebracht.

Die Garden. Amtlich wird gemeldet: Mittwoch gegen 10 Uhr fand an der Ede Bärwald- und Wäckerstraße eine Schlägerei zwischen Mannschaften vom 2. Garde-Dragoon- und dem Garde-Kürassier-Regiment statt, die schließlich durch das Eingreifen der Wache aus der Garde-Dragoon-Kaserne ihr Ende fand!

Eine Lokalkorrespondenz schreibt in der Angelegenheit noch: Die Schlägerei zwischen Garde-Kürassieren und Garde-Dragoonern, die sich am Mittwoch Abend in der Wäckerstraße abspielte, ist bezüglich ihrer Ursache nach nicht ganz aufgeklärt. Allen Anschein nach aber spielen dabei die Eifersüchteleien der „Kouleuren“ eine Rolle, die schon seit Jahren oft genug zu Meibereien und Thätlichkeiten Anlaß gegeben haben. Eine Kouleur bilden u. a. die Garde-Kürassiere mit den Franzosen und die beiden Garde-Dragoon-Regimenter mit den Garde-Schützen in Groß-Vichtersfelde. Die Kouleuren, die unter sich fest zusammen halten, leben mit einander oft auf so gespanntem Fuße, daß Inhaber von Tanzsälen mitunter um des lieben Friedens willen nur Leute einer Kouleur in ihren Sälen dulden. Der Streit, der mit der großen Schlägerei am Mittwoch Abend endete, hat schon am Sonntag Abend begonnen. Wie damals die Kouleuren an einander gekommen sind, steht noch nicht ganz fest. Einer der Beteiligten, der Garde-Kürassier Herbrich von der 3. Eskadron behauptet, daß er an der Ede der Bärwald- und Wäckerstraße um 9 1/2 Uhr abends von einem Unteroffizier des 2. Garde-Dragoon-Regiments ohne weiteres mit dem Säbel über den Kopf geschlagen worden sei; es erscheint indessen noch sehr zweifelhaft, daß er dazu gar keine Veranlassung gegeben haben sollte. Thatsache ist, daß Herbrich eine tiefe Wunde von beträchtlicher Länge am Hinterkopfe und eine zweite an der Stirn hat. Der Kürassier ist noch in der Nacht zum Montag mit einer Droschke nach dem Garnisonlazareth II in Tempelhof gebracht worden. Die Wunden waren gefährlich, doch befindet sich der Verletzte bereits auf dem Wege der Besserung. Die Kunde von dem Ueberfall auf den Kameraden — ein hinterlistiger Ueberfall wäre es, wenn Herbrich wirklich, wie er es darstellt, zuerst von hinten und dann als er sich umdrehte, gleich einen Säbelhieb über die Stirn bekommen hätte — rief unter den Garde-Kürassieren eine große Erbitterung hervor, die sich noch steigerte, als der Dragoon-Unteroffizier am nächsten Tage nicht ermittelt wurde. — Wie wir hören, ist er auch jetzt noch nicht ermittelt. Schon am Montag Abend fanden sich zahlreiche Kürassiere in der Gegend der Dragoonerkaserne ein, um Wache zu üben. Dieses Schauspiel wiederholte sich am Dienstag Abend. Die Schlägerei am Mittwoch, auf die man in verschiedenen Trupps auf beiden Seiten schon gewartet hatte, nahm einen großen Umfang an. Nach ungefährer Schätzung haben sich über 100 Soldaten daran beteiligt. Beim Beginn der Schlacht hatten mehrere Restaurateurs sofort ihre Wirtschaften geschlossen. Blutspuren sah man noch am Donnerstag Morgen um 8 Uhr auf dem Bürgersteige der Wäcker- und Bärwaldstraße. Die Bürgerchaft jener Gegend ist von diesem Krieg im Frieden sehr wenig erheit und fürchtet, daß sich am nächsten Sonntag die Kämpfe wiederholen könnten. Dem sollten aber doch wohl die Regimentskommandeure vorzubeugen wissen.

Der Schlächtermeister Emil Burmeister, Frankfurter Alter 84, ist, wie die „Allg. Fl.-Z.“ meldet, verhaftet worden und zwar wegen Verdachts der Verleitung zum Meineide in der Prozeßangelegenheit seines Bruders. Die Gattin des verurteilten Meisters Ernst Burmeister ist aus der Haft entlassen worden, da die gegen sie erhobene Beschuldigung sich nicht bestätigt hat.

Nach Verübung eines Diebstahls ist der 19 Jahre alte Müller Hermann Kirchhoff, der bei dem Direktor Marowsky in der Rindstr. 40 beschäftigt war und wohnte, verschwunden. Am 10. d. M. erhielt der Direktor einen Brief, in dem Kirchhoff ihm mitteilte, daß er die ihm entwendeten Instrumente verpfaundet und sich von dem Erlös einen Revolver mit Patronen gekauft habe, um sich zu erschießen. Die Pfandscheine habe er an seine Eltern geschickt, die die Pfänder einlösen würden.

Ein Kergerniß erregender Vorfall spielte sich, einem hiesigen Wirtse zufolge, am Dienstag in Spandau ab. Die Leiche eines Fensterputzers Kurras war beim Salzhof gefunden worden und wurde nun von den Personen, welche den unheimlichen Fund gemacht, auf dem Wasserwege nach dem sogenannten Dorfgraben gebracht. Das wurde in der Weise bewerkstelligt, daß man der Leiche einen Strick um den Hals legte, sie an dem hinteren Teil eines Rahmes befestigte und an der Oberfläche des Wassers sichtbar nachschleppte. Dieser ungewöhnliche Transport erregte degreiffischerweise die Aufmerksamkeit und den Unwillen der zahlreichen Passanten.

Zeugen gesucht. Die Personen, die am 5. Juli, abends 6 1/2 Uhr, an der Ede der Langenstraße und Koppensstraße den Vorfall zwischen einem Arbeiter und einem Schuhmann beobachtet haben, werden gebeten, sich bei Richter, Koppensstr. 15, 4 Tr. v., zu melden.

Aus dem Polizeibericht vom 16. Juli. Vorgestern wurden von einem Verkaufsvermittler in der Zentral-Markthalle 31 Rennthierkneulen zur thierärztlichen Untersuchung eingeleitet. Der ganze Posten Fleisch wurde für verdorben erklärt und der Abdecker überwiesen. — Gestern fuhr an der Ede des Kottbuscher Ufers und der Paulsenstraße ein Wagen der elektrischen Straßenbahn von hinten aus einen von dem Destillateur Pelsch geführten Arbeitswagen. Pelsch wurde dabei vom Wagen geschleudert und schwer am Kopfe und an der linken Hüftperle verletzt. — Mittags wurde in der Großen Frankfurterstraße der Handelsmann Schwarz durch einen Radfahrer umgestoßen und brach bei dem Fall ein Bein. Der Radfahrer entzog sich der Feststellung durch die Flucht. — Mittags wurde auf einem in der Alexanderstraße stehenden Geschäftswagen ein etwa acht Monate altes Mädchen ausgehakt aufgefunden und nach dem Waisenhanse gebracht. Die Mutter, Arbeiterin Eichbaum, 25 Jahre alt und vermittelweil, wurde bald darauf ermittelt. — Abends wurde auf dem Verdeck eines am Höhen Steinweg haltenden Pferdebahnwagens ein etwa 65 Jahre alter Mann vom Schlage getroffen. Er wurde nach der Charite gebracht.

Witterungsübersicht vom 16. Juli 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung	Windstärke Stala 1-10	Wetter	Temperatur nach Celsius (°C.)
Swinemünde ..	763	SW	2	wolkenlos	21
Hamburg ..	761	SW	2	halb bedekt	22
Berlin ..	762	SW	2	heiter	22
Bielefeld ..	760	SW	1	Regen	18
München ..	763	SW	4	Regen	17
Wien ..	761	SW	1	wolkenlos	17
Saparanda ..	762	SW	1	wolkenlos	22
Petersburg ..	764	SW	1	wolkenlos	20
Cort ..	771	N	8	heiter	14
Aberdeen ..	770	SW	2	wolkig	12
Paris ..	763	N	8	bedekt	17

Wetter-Prognose für Freitag, den 17. Juli 1896.
Nüßler, mit mäßigen südwestlichen Winden, veränderlicher Bewölkung und Gewitterneigung.
Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Bei dem Hohn, den sich die Ausstellungsleitung durch Gewährung eines Fünfundzwanzigpennig-Tages am nächsten Sonnabend der arbeitenden Bevölkerung leistet, bleibt es Bürgerliche Blätter wissen von sonstigen Preisermäßigungen für diesen Tag zu berichten, so z. B. daß das Paar Würste morgen andauernde für 20 Pf. statt für 30 Pf. verkauft werden soll. Dies ist sozialer Fürsorge ist geradezu rührend.

Schon wieder ist ein Unternehmen im Vergnügungspark plan: der Irrgarten in Mt-Berlin. Der hiesige Malermeister Herr Franz Witte hat ihn durch einen Gerichtsvollzieher versiegeln lassen.

Übermal's ein Krach im Theater Mt-Berlin. Die Direktion des Theaters schreibt hiesigen Blättern: Die für Mittwoch angelegte Vorstellung im Theater Mt-Berlin mußte ausfallen, weil Differenzen, welche zwischen den Eigentümern des Hauses und den Gebrüdern Rosenfeld (den Impresari der Illiputanertruppe) bestanden, nicht auf außergerichtlichen Wege zu lösen waren. Das beschäftigte Personal ist voll befriedigt worden.

Wie das Publikum auf der Ausstellung geschröpft wird. Ein bürgerliches Blatt veröffentlicht folgende Zuschrift, die ihm zu gefiern von der Ausstellungsleitung zugeandt worden ist: „Um einen erhöhten Schutz der Fischungen und Anlagen am Neuen See herbeizuführen, deren Beschädigung bei allzugroßem Andrang des Publikums unvermeidlich ist, hat der Arbeitsausschuss probeweise die Genehmigung erteilt, daß am heutigen Sonntag die Platz dicht an den Ufern des Sees und vorn an der Bückung durch eine Reihe reservierter und nummerierter Stühle des Stuhlverleihsinstituts abgeschlossen wird, welche als Barriere dienen. Der Preis für die Benutzung eines solchen reservierten Stuhles ist auf fünfzig Pfennige normiert, während für die übrigen Stühle, wie gewöhnlich, 10 Pf. Gebühr für den Nachmittag erhoben wird.“ Am Sonntag mögen schon Dumme genug auf diese Selbstschneiderei hineingefallen sein.

Wie wir hören, sind die Gebäude der Sonder-Ausstellung Kairo an ein hiesiges, eigens zu diesem Zwecke entstandenes Konfession verkauft worden und sollen nach Schluß der Ausstellung als „Kairo in Berlin“ an anderer Stelle neu errichtet werden.

Von jetzt ab gelangt an sämtlichen Klassen der Ausstellung eine neue Einrichtung zur Einführung. Sämtliche Tagesbillets, sowohl die an den Klassen, wie die vorher gelaufen, werden an den Eingängen durch die Kontrollanten mit dem Tagesempfehl versehen und dadurch entwertet. Es soll dadurch die Möglichkeit einer besseren Kontrolle der Ausstellungsbesucher geschaffen und vor allem der Verkehr von und nach Kairo, bei dem es bis jetzt stetig zu Unzuträglichkeiten bei der Kontrolle kam, so geregelt werden, daß eine Verlägung des Publikums künftig ausgeschlossen ist.

In der Gewerbe-Ausstellung verstorben ist Mittwoch Abend der Kaufmann Fernbach aus Plauen i. V. Derselbe erkrankte gegen 10 1/2 Uhr plötzlich und ließ sich mittels eines Lagometer-Fahressels nach der Sanitätswache bringen. Dort fand man jedoch, als man B. aus dem Sesselfahressels, in ihm nur einen Toten vor; der Vermerkte war infolge eines Herzschlages verschieden. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle in Nieder-Schönweide gebracht.

Durch die starke Hitze am gestrigen Tage sind drei Personen, Ausstellungsbesucher, vom Hitzschlag getroffen worden. Im ersten Falle handelte es sich um einen Kaufmann, in dem zweiten Fall um einen dreizehnjährigen Knaben, welche beide auf der Anfallstation behandelt, sich dort unter Anwendung geeigneter Mittel wieder erholten. Ferner erkrankte eine Dame infolge der Hitze und wurde auf der Sanitätswache behandelt, von wo sie mittels Droschke nach ihrer Wohnung gebracht wurde.

Kunst und Wissenschaft.

Aus dem Verbaute des Königl. Schauspielhauses, dem sie nur kurze Zeit angehört hat, ist Fräulein Elsa Galates ausgeschieden. Die junge Schauspielerin hat sich, der „Voss. Zig.“ zufolge, nach Riga verpflichtet.

Von Frau Reifinger. Stuttgarter Blättern zufolge, soll Frau Elisabeth Reifinger sich mit der Absicht tragen, wieder in die Opernbühne zu treten. Die hier noch unvergeßene jetzige Frau Oberbürgermeisterin von Sillingen ist erst 82 Jahre alt.

Die X-Strahlen scheinen für die Medizin eine ungeahnte Bedeutung erlangen zu sollen. Ein Pariser Professor führte Thiere, welchen Kochsche Bazillen eingemöpft worden waren, mehrere Tage und wiederholt längere Zeit den auf die Impfungstellen gerichteten X-Strahlen aus, wobei jedesmal eine Besserung in dem Befinden der Thiere, mit denen diese Versuche angestellt wurden, festzustellen war. Bei den in gleicher Weise eingemöpften, aber den X-Strahlen nicht ausgesetzten Thieren blieb die Besserung aus, vielmehr nahm bei ihnen die Krankheit den zu erwartenden Verlauf. Von dieser wichtigen Beobachtung wurde der Pariser Akademie durch Professor Chauvoan Kenntnis gegeben.

Prof. Behring, der sich zur Zeit auf Urlaub im Ausland befindet, denkt nach der „Post“ in sein akademisches Lehramt nicht mehr zurückzukehren, sondern will sich nur noch seinen wissenschaftlichen Forschungen widmen. An seiner Stelle soll Stabsarzt Dr. Bernick, der ihn gegenwärtig im Amte vertritt, die Professur für Hygiene an der Universität Marburg übernehmen.

Edmond Goncourt, der bekannte französische Schriftsteller, ist in Chantouy, Departement Seine et Marne, auf dem Landhause Alphonse Daudet's am Lungenschlag gestorben.

Gewerblich-Rechtlich.

Ein eigenartiger Vorgang, welcher sich am 6. Mai d. J. in der Buchdruckerei von Meyer, Kommandantenstr. 71, abspielte, beschäftigte am Dienstag die 180. Abteilung des Amtsgerichts I. Wegen angeblicher gemeinschaftlicher Körperverletzung, sowie wegen Hausfriedensbruchs bzw. Verletzung hatten sich der Schriftseher Wilhelm Möller, der Buchbinder Reinhold Timm, sowie der Schriftseher Victor Schneider zu verantworten. Die Verhandlung nahm einen für die Angeklagten sehr günstigen Verlauf, und das haben

sie außer den ruhigen, objektiven Befundungen des Zeugen Buchdrucker Gränke der Aufregung der Zeugen Buchdruckereibesitzer Meyer zu verdanken. Die Sache selbst ist folgende: Am genannten Tage war Möller mit dem Sehen einer Annonce beschäftigt, als der Buchdruckereibesitzer Meyer hinzukam. Letzterem gefiel die Arbeit nicht, er sagte das Möller in erregter Weise und es entstand ein Wortwechsel, infolge dessen Meyer sofort kündigte. Möller war damit einverstanden, forderte aber, wie er angeht, seinerseits die sofortige Herausgabe des ihm zustehenden Arbeitslohnes sowie seiner Papiere, wie Quittungsbücher. Meyer hörte nicht darauf, sondern forderte Möller wiederholt auf, die Druckerei zu verlassen. Möller folgte dieser Aufforderung aber aus dem angegebenen Grunde nicht, ließ sich vielmehr dazu hinreichen, Meyer einen „Blutsauger“ zu nennen. (Die Behandlung und Verzehlung soll dort nämlich eine miserable gewesen sein; außerdem waren die Zahlungsbedingungen, wie der Vorstehende feststellte, eigentümliche; während nämlich dem Arbeitgeber das Recht sofortiger Kündigung zustand, erfolgte die Lohnzahlung immer erst am Zahlungstage, dem Sonnabend.) Meyer war schließlich so in Aufregung geraten, daß er einen Stoß ergriff und mit demselben auf Möller einschlug, der sich nun seinerseits natürlich energisch wehrte. Jetzt mischten sich auch die beiden anderen Angeklagten ein und versuchten, wie sie behaupten, die beiden zu trennen und Meyer den Stoß zu entwenden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Meyer hierbei gegen die Maschine fiel und sich dabei das blaue Auge holte, welches das ärztliche Zeugnis bestätigte. Gegen Möller, Timm und Schneider wurde darauf Strafanzeige erstattet; Meyer behauptete unter seinem Eid, daß alle seine acht Arbeiter über ihn hergefallen wären und ihn mit Häuten traktiert hätten. Infolge dessen sei er ganz betäubt gewesen; als er wieder zur Besinnung gekommen sei, hätten die drei Angeklagten ihm zunächst gestanden. Alle hätten geschlagen, Einzelheiten könne er allerdings nicht angeben. Er behauptet dann ferner, daß er alle drei ausgesperrt habe, die Räume zu verlassen, bestreite aber trotz aller Vorhaltungen seitens des Vorstehenden, daß Möller die Herausgabe des Geldes und der Papiere gefordert habe; er hätte sie doch sofort gegeben, da er keinen Grund zum Einbehalten hatte. Der Buchdrucker Gränke bestätigte dagegen die Angaben Möller's; dieser Zeuge hatte auch von dem Dampfschiffbau-Timm's und Schneider's nur die Meinung, daß sie trennen, nicht schlagen wollten; auch ging nach seiner Ansicht die Aufforderung zum Verlassen der Druckerei nur an Möller, nicht auch an die beiden anderen. Die übrigen Arbeitnehmer Meyer's waren Zuschauer geblieben; sie erklärten sich dann allerdings alle mit Möller und den beiden anderen solidarisch und legten insgesammt die Arbeit bei Meyer nieder. Der Gerichtshof war der Ueberzeugung, daß Möller thatsächlich, was ja auch das natürlichste war, Geld und Papiere gefordert hat, und hat dem Zeugen Gränke mehr geglaubt, als Meyer, welcher anscheinend ein sehr leicht erregbarer Mann ist. Eine Körperverletzung seitens der Timm und Schneider ist überhaupt nicht erwiesen und Möller hat nur in der Nothwehr gehandelt. Dagegen hat sich Möller allerdings der Verleumdung und des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht; er mißte auf die wiederholten Aufforderungen gehen und konnte sich seine Papiere durch die Polizei besorgen lassen. Die Sache liegt aber in anbetracht des Meyer'schen Verhaltens sehr milde. Daher ist wegen der Verleumdung auf 5 M. Geldstrafe, wegen des Hausfriedensbruchs auf 10 M. Geldstrafe erkannt worden. Timm und Schneider wurden in allen Punkten kostenlos freigesprochen.

Der bekannte Schuhfabrikant Friedrich Erpel hatte sich am 14. d. M. wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Nachdem die Arbeiter in der Erpel'schen Fabrik in den Kusthau getreten waren, betrat am 4. Juni d. J. der Schuhmacher Paul U. das Grundstück der Expeditionstraße 14 u. Co. Hier schlug Erpel dem nichts Regesahnenden hinterrücks mit dem Spazierstock derart wuchtig über den Kopf, daß der Ueberfallene die Hilfe der Sanitätswache in Anspruch nehmen mußte. Erpel wurde für die rohe That mit einer Geldstrafe von drei hundert Mark event. 14 Tagen Gefängnis belegt. In großer Aufregung erklärte der verurteilte Fabrikant, daß er gegen dies Strafmaß Berufung einlegen würde. Wie viele Monate Gefängnis würde ein streifender Arbeiter erhalten haben, wenn er gegen einen Fabrikanten eine derart feige Nothheit verübt hätte?

Wegen wiederholter Urkundenfälschung und Betruges stand gestern der Redakteur Theodor Wilhelm Richard Kroyeit vor der 3. Ferienkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war von der Firma Rob. Erner u. Co. für die Zeitschrift „Mollama“ als Redakteur und Geschäftsführer angestellt worden und genoss als solcher das volle Vertrauen seiner Auftraggeber. Er hat, wie sich später herausgestellt hat, dieses Vertrauen arg mißbraucht und in einer Anzahl von Fällen unbesugter Weise die Unterschrift der Firma dazu benutzt, um Gelder einzuziehen, die er für sich verbrauchte. Er behauptete, zur Unterstützung berechtigt gewesen zu sein und das Geld zur Sicherung von Gehaltsansprüchen an sich genommen zu haben. Die Behauptungen bestätigten sich nicht. Der Staatsanwalt beantragte 1 1/2 Jahre Gefängnis, der Gerichtshof erkannte aber auf zwei Jahre Gefängnis und zwei Jahre Ehrenverlust.

Verhandlungen.

Eine sehr stark besuchte Versammlung der ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am Mittwoch in der Brauerei Friedrichshain, um zu berathen, ob es unter den jetzigen Verhältnissen angebracht sei, den Streik aufzuheben. Nach den Ausführungen von Lauschke hat die Lokalkommission gemeinsam mit den Vertrauenspersonen den Beschluß gefaßt, der Versammlung den Vorschlag zu machen den Streik nach achtwöchentlichiger Dauer aufzuheben und damit den Fabrikanten Gelegenheit zu geben, sich über die Bedingungen, unter denen die ausgesperrten wieder eingestellt werden, auszusprechen. Nachdem alle Versuche, eine Verständigung herbeizuführen, an dem Widerstand der Fabrikanten gescheitert sind, erscheine es notwendig, andere Maßregeln als bisher zu unternehmen. Allerdings sei zu erwarten, daß nur ein Theil der ausgesperrten wieder eingestellt werden und das Verlangen, aus der Organisation auszutreten, ausdrücklich erhalten bleibt, zumal der Verein der Berliner Wollwäber-Fabrikanten in seiner letzten Generalversammlung eine sogenannte Hilfskasse gegründet habe, die gleichzeitig mit einem Arbeitsnachweis verbunden sei und ohne Zweifel den Zweck haben soll, der Organisation der Arbeiter den letzten Hieb zu versetzen. Die Satzungen dieser Hilfskasse, der sämtliche in den Verbandsfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen angehören sollen, sind in ihren Grundzügen folgende: Die Hilfskasse gewährt ihren Mitgliedern: Zuschuß zu den Krankengeldern, Geldunterstützung im Todesfalle, zahlbar an die Hinterbliebenen, Wöchnerinnen-Unterstützung, Geldunterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit und

in besonderen Nothfällen je nach Lage der Verhältnisse. Die Verwaltung dieser Hilfskasse wird durch ein Kollegium besorgt, dessen Mitglieder zur Hälfte aus Fabrikanten, zur Hälfte aus Arbeitern bestehen. Den Vorsitz führt der jeweilige Vorsitzende des Vereins der Berliner Wollwäber-Fabrikanten. An Mitgliedbeiträgen zahlen sämtliche Mitglieder 10 Pf., weibliche Mitglieder 8 Pf. wöchentlich. Trotzdem in den Satzungen auch nicht die geringsten Andeutungen über die Höhe der zu gewährenden Unterstützungen vorhanden sind, lobt die „Deutsche Hausmacher-Zeitung“, das Organ der Fabrikanten, um den hingeworfenen Köder muthig gerecht zu machen, das neue, wohlberathene Unternehmen in folgender Weise: „Selbstredend ist bei so geringen Beiträgen eine so ausgiebige materielle Hilfsleistung nur möglich, indem die Fabrikanten erbliche Zuschüsse leisten, und es ist dieses um so anerkannterwerth, ja die Betriebsunternehmer durch die Arbeiter-„Gesetzgebung“ (Krankenkassen-, Unfall- und Invaliditätsversicherung) ohnehin zu erheblichen Leistungen herangezogen sind.“

Lauschke kennzeichnete in seinen weiteren Ausführungen in treffender Weise das anscheinend so humane Unternehmen der Fabrikanten, die erst jetzt ihr gutes Herz für ihre Arbeiter entdeckt haben. Der Redner meint, daß eine Aufhebung des Streiks endgiltig nur erst dann möglich ist, wenn die Fabrikanten sich entschließen, wenigstens den größten Theil der ausgesperrten wieder einzustellen und nicht etwa eine kleine Zahl, lediglich zu dem Zweck, um andere anzulernen. Der Redner erwartet, daß die gesamte Arbeiterschaft und auch die Parteipresse in ähnlicher Weise, wie bei der Ausperrung der Brauer und der Kottbusser Textilarbeiter, für eine Gewerkschaft eintreten, die 25 Jahre nicht beansprucht hat, sondern in jeder Beziehung anderen Gewerkschaften gegenüber ihr Solidaritätsgefühl bewiesen hat. Umsonst sei dieses Verlangen gerechtfertigt, als es sich hier um Personen handelte, die unterstützt werden müßten, welche durch die gekennzeichneten Entlassungs-scheine an den Pranger gestellt seien mit der Absicht, sie auf längere Zeit brotlos zu machen. Die hierauf folgende Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft. Nur drei Redner fanden sich unter den vielen, die sich für die Beendigung des Streiks aussprachen, um eine günstige Zeit abzuwarten, in welcher mehr Aussicht auf Erfolg wie gegenwärtig vorhanden ist. Sie versuchten, den Anwesenden klar zu machen, daß die augenblickliche Situation eine solche ist, die zu großen Hoffnungen nicht mehr berechtigt, indem bei diesem Kampfe ein kapitalträchtiges Unternehmertum in betracht kommt, das sich die richtige Zeit zu einem brutalen und willkürlichen Vorgehen gegen die Arbeiter gewählt hat; infolge dessen seien die Opfer, die noch weiter gebracht werden sollen, nutzlos. Von allen anderen Rednern wurde auf das entschiedenste dagegen protestirt, daß unter den jetzigen Verhältnissen der Streik, nachdem acht Wochen lang die Ausständigen in selten einmüthiger Weise ausgeharrt haben, aufgehoben wird und die Arbeiter und Arbeiterinnen veranlaßt werden sollen, unter solch schmachvollen Bedingungen in die Fabriken zu gehen, wo ein Theil der ausgesperrten — nach Angabe der Fabrikanten kann höchstens ein Drittel wieder beschäftigt werden — nach reiflicher Ueberlegung eingestellt werden, nachdem sie den bekannten Nevers unterschieden haben, daß sie der Organisation nicht mehr angehören. Dieser hungern ohne Arbeit, meinten mehrere Redner, als hungern mit Arbeit bei solchen Bedingungen. Nachdem aufgeföhrt worden war, daß sich an der Abstimmung nur die Ausständigen beteiligen sollen, um ein ganz klares Bild zu gewinnen und nochmals auf die Konsequenzen aufmerksam gemacht wurde, erfolgte die Beschlußfassung, welche ergab, daß die Aufhebung des Streiks gegen nur wenige Stimmen abgelehnt wurde. Zum Schluß wurde aufgeföhrt, eine möglichst strenge Kontrolle von nun an wieder zu üben, fest zusammen zu halten und mit erneuter Energie den Kampf weiter zu führen. Hieraus wurde die imposante Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Bewegung geschlossen.

Vermischtes.

Von agrarischer Lebensmittelbeschaffung theilt der „Spremler Anzeiger“ ein Beispiel mit. In Dreßlau besteht eine von den Agrariern der Kreise Dreßlau, Kottbus und Spremler gegründete Genossenschaft-Dampfmühle mit großer Dampfboiler und Verkaufsstellen an allen Nebenplätzen. In dieser Dampfmühle wurden durch die Polizei eine große Anzahl Weiszfische versegelt und beschlagnahmt. Es liegt Verdacht der Nahrungs-mittelbeschaffung vor, begangen durch Zufuhr von minderwertigem Mehl, welches zu dem in den Handel gebrachten „reinen Roggenbrot“, welches in der Dampfbäckerei gebacken wird, gebraucht worden sein soll. Ein plötzlich von der Dampfmühle entlassener Obermüller soll die Anzeige erstattet haben.

Staatsanwalt Stein. Unser Dresdener Partei-Organ schreibt: Vom Staatsanwalt Stein, der bekanntlich todt aus der Erde gezogen worden ist, behaupteten die ersten Berichte, daß er zufällig verunglückt sei. Diese Behauptung erschien sehr unwahrscheinlich, da es wohl schwer möglich ist, daß ein nächster Mensch sich in die Erde verirren kann. Bekannt haben den Staatsanwalt in der fraglichen Nacht auf der Postswitzer Elbbrücke gesehen. Man ist daher zu der Vermuthung gekommen, daß sich Stein selbst ertränkt hat. Als Motiv bezeichnet man (in maßgebenden juristischen Kreisen, bürgerliche Blätter schweigen sich darüber aus) Ungutriedenheit über seine Berufsverhältnisse. Stein ist, wie wohl er der älteste Staatsanwalt am hiesigen Orte, bei allen Avancements übergangen worden. Es ist dies seit kurzer Zeit der dritte Gerichtsbeamte, der sich ertränkt hat. Landgerichtsdirektor Loosch erschöpfte sich, Landgericht-Sekretär Jungmann wurde erhängt aufgefunden und Stein ertränkte sich wahrscheinlich.

Wegen eines Haberfeldtreibens wurden in Sauerlach mehrere Personen verhaftet, darunter auch der — Bürgermeister! Aus Paris wird berichtet: Ein Theil der Waffenfabrik in Châtellerauld (Nieme) ist niedergebrannt. Zwei Gebäude mit Maschinen zur Herstellung von Gewehrläufen sind völlig zerstört.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 7 1/2 — 9 1/2 Uhr statt.

B. N. in Charlottenburg. Was Sie da einlegten, ist allerdings häßliche Schmutzerlei und wir stimmen mit Ihnen überein. Die G., an der Sie feinerzeit Hergerisch nahmen, ist eines jähren und gewaltsam beschleunigten Todes gestorben, was Sie übersehen zu haben scheinen.

F. N., Stephanstraße. Benachrichtigen Sie uns, wenn die Gelegenheit vor Gericht zur Verhandlung kommt. Dr. L. Aurich, Klinik, Fiegelstr. 8.

Unserem Freunde Wilhelm Braunschweig zu seinem heutigen Dogenfest ein dreimal donnerndes Hoch!
Wilhelm, meckle nicht! 2077b

Allen Freunden, Bekannten und Gästen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 19. Juli, die Einweihung meines Lokals stattfindet, wozu ich alle ergebe einlade. Carl Scheibe, Gastwirth, Br. Frankfurterstr. 87. 2084b

Dankfagung.
Für die herzliche Theilnahme bei dem Begräbniß unseres Schwagers, des Schmiedes Herrn Carl Krüger, sagen wir dem Herrn Ingenieur und allen werthen Kollegen desselben, unseren warmsten Dank.
2088b
A. Kimpel u. Frau, Adersstr. 156.

Sargmagazin
und Beerdigungs-Comptoir von J. Kossin, Georgenkirchstr. 66. Auf schriftl. Aufford. sofort. Erscheinen.

Außbaum-Einrichtung, neu, bestellte Arbeit, umständlicher mit gr. Verlust sofort verkäuflich. Admiralstr. 8, v. 1 Tr. link. Händler verbeten. M. Gutgeh. Restauration, Billard, Vereinszimmer, Wohnung, 900 M. Mieth., bill. verkäuflich. Auskunft: Frau Neutner, Rosenthalerstr. 19. 2682b

Restaurations 5477
mit voller Schankkonzession ist preisw. zu verk. Stübstr. 45, Charlottenburg.

Fruchtwein- und Fruchtstoff-Niederlage
von Eug. Neumann & Co., Berlin SW.,
Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 48.
Simbeer-, Kirsch-, Johannisbeer- und Citronen-Limonadenfabrik
anerkannt vorzüglich, nur mit bestem Raff-Zucker eingekocht, à Liter 1.20 M., 6814E*) empfehlen und senden einzelne Flaschen frei ins Haus.

Parteigenosse 2675b
kann ein altes Zigarengeschäft hab oder später kaufen. Erfordert 8 bis 4000 M. Kap. d. Seberte, Paunynstr. 51. 9607b Berlin N., Invalidenstr. 136.

Arbeitsanwärter
W. Pahr, Brunnenstr. 112.

W. Pahr, Brunnenstr. 112.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Hafenhaide. NEUE WELT. Hafenhaide.

Am Montag, den 3. August 1896:

Grosses Volksfest

arrangiert von Genossen des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Großes Instrumental-Konzert,

ausgeführt von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Perfomsoliker Berlins und Umgegend, sowie

Gefangenaufführungen von ca. 400 Sängern.

Sommernachts-Ball,

Herren, welche an dem Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.

Brillant-Feuerwerk.

Anfang 4 Uhr.

Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an geöffnet.

Um rege Beteiligung ersucht

211/20

Billet 25 Pfennige.

Die Vertrauensperson.

Arbeiter-Bildungsschule. Vorstellungen im Schiller-Theater.

Der von uns unternommene Versuch, der Berliner Arbeiterschaft den Besuch der Sonntags-Nachmittagsvorstellungen des Schiller-Theaters zu billigen Preisen möglich zu machen, hat ein durchaus befriedigendes Resultat ergeben, sodass wir dies Unternehmen auch in der kommenden Herbst- und Winter-Spielzeit fortsetzen werden. Wir haben es hingegen sowohl mit Rücksicht auf die für die nächsten Wochen zu erwartende grosse Hitze, als auch auf die teilweise Beurlaubung des Künstlerpersonals des Schiller-Theaters für zweckmässig erachtet, die Vorstellungen bis 9. August zu unterbrechen (an den nächsten drei Sonntagen ausfallen zu lassen).

Wir beginnen einen neuen Zyklus der Vorstellungen am 9. August und zwar ist das Repertoire wie folgt festgesetzt:

Am 9. August:

Kabale und Liebe.

Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich v. Schiller.

Am 16. August:

Die Kinder der Exzellenz.

Lustspiel in 4 Aufzügen von Wolzogen und Schumann.

Am 23. August:

Romeo und Julia.

Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare. Alles Nähere ist aus den Plakaten und den später zu veröffentlichenden Annoncen zu ersehen.

Der Vorstand der Arbeiter-Bildungsschule. I. A.: Heinrich Schulz.

Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags 4, 6 und 8 Uhr:

Drei grosse historische Umzüge. Altdeutsches Musikkorps. Kapellmstr. Streller.

Erste Wiener Kapelle à la Strauss Kapellmeister Fischer. Sänger-Gesellschaft „Flora“, 20 Personen, in Stecländer Kostümen.

Eintritt: 25 Pfg. Donnerstag — bis 6 Uhr — 50 Pf., später 25 Pf.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.

Schönhauser Allee 148.

Täglich: Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Concordia-Trio, Thos thros Marit's tom. Excent. Ach. Origl. Satour, Kocobildmensch. Geschw. Teraey, Trapez. Hokino-Truppe, Akrob., Lotly, Friedmann etc. Entree 30 Pfennige.

W. Noack's Sommer-Theater.

Brunnenstr. 16.

Täglich: Konzert und Theater-Vorstellung.

Im Saal: Gr. Ball. Die Kandidaten-Wahl.

Lustspiel in 1 Akt von Koberne. Neu! Mannschaft an Bord.

Romische Operette in 1 Akt v. E. Kalisch. Musik von Jahn. Auftreten der neugagierten Spezialitäten.

Passage-Panopticum.

42 wilde Weiber



aus Dahomey.

Altes Schützenhaus

Liniestr. 5 [26745]

empfiehlt seine Säle mit schönem Naturgarten. Sonnabende noch frei.

Ostbahn-Park Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.

Garten-Konzert von der 24 Mann starken Jankapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschook. Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis. Volksbelustigungen jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.

Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf. H. Jmbs.

2 Vorstellungen täglich Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr. Bolossy Kiralfy's „Orient“

Olympia Riesentheater.

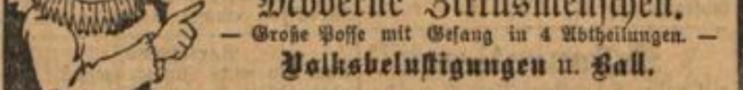
Grösstes Schauspiel der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Schweizer Garten

Am Königsthor. — Haltest. d. Ringb. — Am Friedrichshain.

Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Moderne Zirkusmenschen. — Große Poffe mit Gesang in 4 Abteilungen. — Volksbelustigungen u. Ball.



Theater.

Freitag, den 17. Juli.

Neues Opern-Theater. (Kroll.) Phantasten im Bremer Rathskeller. Cavalleria rusticana. Die Rose von Schiras.

Deutsches Theater. Komtesse Guderl. Fessung-Theater. Waldmeister. Berliner Theater. Fiddie u. Sohn. Schiller-Theater. Vergnügte Fütterwöden.

Neues Theater. Tata-Toto.

National-Theater. Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.

Residenz-Theater. Der Stellvertreter.

Vorher: Erlauben Sie Madame!

Adolph Ernst-Theater. Das flotte Berlin.

Salle-Alliance-Theater. Der Goldsucher.

Friedrich-Wilhelmstadt. Konzertpark. Spezialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater. (Wallner-Theater.)

Freitag, abends 8 Uhr: Vergnügte Fütterwöden.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Frauenfrage.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.

Direktion: Max Samst.

Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.

Große Poffe mit Gesang von Hugo Busse.

Regie: Fritz Schärer.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theatergarten.

Großes Konzert. — Theaterküche. Spezialitäten 1. Rang.

Adolph Ernst-Theater.

Das flotte Berlin.

Große Ausstattungs-Gesangspoffe in 3 Akten v. E. Dreptow u. G. Jacobson, Kupletz u. Quodlibets v. G. Göpp. Musik v. G. Steffens.

2. Akt: Alt-Berlin.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Spezial-Ausstellung KAIRO

ab 7 Uhr nachm. ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich.

Von 10 Uhr vormittags geöffnet.

Riesen-Arena:

6 und 8 1/2 Uhr nachmittags

Massen-Schaustellungen

der Beduinen.

Konzert von 4 Kapellen

Entree 50 Pfg.

Elite- und Illuminations-Tage

1 Mk.

Reichshallen-Garten

Leipziger Straße, am Lühoffplatz.

Täglich

Norddeutsche Sänger

Heute, Sonntag:

Zum 72. Male:

Die Alt-Parodie

Alle fünf Barrisons

Anfang Sonntags 7 Uhr,

Wochentags 8 Uhr.

Entree 30 Pf. Reservirter Pl. 50 Pf.

Wird Sonntag wegen Regenwetter

im Saal gespielt, beträgt das Entree

durchweg 50 Pf.

Castan's Panopticum.

Neu! Neu! Neu!

hochsensationelle

Neuheiten

die ein Jeder

sehen muss!

Internationaler Arbeiter-Kongress, London.

Delegirte finden freundliche Aufnahme, Wohnung und Kost, im Kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein, 49 Tottenham Street, London W.

Für den gemischten Chor der freireligiösen Gemeinde wird ein

tüchtiger Gesanglehrer,

welcher jeden Mittwoch den Gesangchor zu leiten hat, gesucht. Bewerbungen sind an den Vorstand, zu Händen des Herrn A. Hoffmann, O., Blumenstr. 14, zu richten.

Die Neuberger, welche ich am 6. Juli gegen Herrn Kühne, Elbingerstraße 14, ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben für einen realen Geschäftsmann. 26856

Frau Scheel, Elbingerstr. 18.

Strickmaschinen

aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten und ein leichter Erwerbssweig für Männer, Frauen u. Posam.-Geschäfte. Erlernen leicht und gratis. Arbeit wird nachgewiesen. Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei dem Vertreter H. Domburger, Heiligegeiststr. 49, Berlin. 53728*

Fruchtweinsowlen

gar. rein, ausgezeichnet in Geschmack. Maltrank. Erdbeersowlen. Pfirsichsowlen. Ananasowlen. 1/4 Liter 60 Pf. inkl. Eugen Neumann & Co. Detail-Verkaufsstellen: Belle-Alliance-Pl. 6a, Friedrichstr. 81, Oranienstr. 8, Genzlinstr. 29. Verdam: Bäckerstr. 7.

Rohrtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise. Sämtliche Fabrikations-Merkmale.

Heinrich Franck,

Str. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Achtung! Achtung! Künstl. Zähne v. 3 Mk. an, Theils wöchentl. 1 Mk., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Herwidören bei Bestellung umsonst.

Gudel, Lauscherplatz 2, Elbingerstr. 12

Pneumatic Rover

prima Fabrikat, niedrigste Kassenpreise, koul. Theilzahlungen u. Wunsch. Garantie. Kl. Hamburgerstr. 24/25.

Arbeitsmarkt. Holzarbeiter!

Die Lohnunterschiede bei Kiechle, Schwedterstr. 6, sind noch nicht erledigt. Zugun fernhalten!

Wegen M a r e g e l u n g haben die Kollegen in der Werkstat von Julius Seifert, Lichtenbergerstr. 5, und wegen unregelmäßiger Lohnzahlungen die Kollegen der Werkstat von Oring u. Koppe, Lichtenbergerstr. 26, die Arbeit niedergelegt.

Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes.

Cartonarbeiterinnen verl., gute Preise dauernde Beschäft. Wolff, Neue Friederichstraße 48. 26126

Plätterinnen

auf Kragen, Manschetten, Servietten verlangen Müller & Sussmann, 26065 Grüner Weg 119.

Junger Mann, aus dem Schuldienste ausgetreten, weil Sozialist und Freidenker, sucht Stellung. Offerten unter „D. 69“ an die Exped. d. Bl. erb.

Stuckateur.

Ein tüchtiger Werkstattarbeiter, auch mit Ansetzen gut vertrauter Stuckateur auf sof. ges. Hans Ohr. Berg, Gothersgade 91, Kopenhagen K.

Chirurgische Hartgummi- und Metallarbeiter gesucht.

Nach answärts werden gegen hohen Lohn und Vergütung der Reisepfesen 1 Hartgummiarbeiter, 1 Metallarbeiter, 1 Gärtler, welche in der chirurgischen Branche tüchtig sind, sofort gesucht. Es wollen sich aber nur solche melden, welche ganz selbständig arbeiten können. Off. unter M an die Expedition des Blattes zu richten. 53245*

Tüchtige Schriftmaler

dauernde Beschäftigung, verlangt Matthes, Wilhelmstr. 180. 26796

Flensker auf Goldbleiben bei Lohn verlangt. Offerten u. F. 5, Exp. d. Btg. 26796

Zur Taktik der polnischen Sozialdemokratie. (Schluß.)

Nachdem wir auseinandergesetzt haben, wie die polnische Sozialdemokratie zu ihrem jetzigen Programm gekommen ist...

Den Hauptpunkt bildet die geeinigte polnische Delegation auf den internationalen Kongressen, aus deren Anlaß überhaupt der ganze Artikel geschrieben zu sein scheint...

Jetzt aber einen Blick in die Vergangenheit: Was hätten die deutschen Delegierten auf den internationalen Kongressen von Deutschland, Frankreich und Belgien gesagt...

Daran knüpft sich auch die Frage unserer sog. „Sonderorganisation“, die Hr. L. sogar als eine Gefahr für den gesamten Sozialismus betrachtet. Ja, es ist wahr, daß wir in Österreich, Preußen und Rußland unsere besonderen polnischen Partei-Organisationen haben...

Da übrigens der Artikel des Hr. L. den Glauben erwecken könnte, daß unsere „Sonderorganisation“ ein Produkt lediglich letzter Jahre bildet, verweise ich auf die Geschichte unserer Bewegung...

Wenn wir aber in den drei Kaiserstaaten besondere polnische Organisationen bilden, so hindert das uns keineswegs, mit unseren Nachbarn in allen gemeinsamen Fragen Hand in Hand zu gehen. Wir sind eine Arbeiterpartei und müssen für alles, was im Interesse des Proletariats ist...

der Trennung Polens von Rußland derart schwächen, daß es nicht mehr wie jetzt überall nach Belieben schalten und walten könnte. Das ist unser Ziel und das hoffen wir zu erreichen...

4. Deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Kongress.

Eisenach, 15. Juli 1896.

Vormittags-Sitzung.

Das Referat für den gestern zurückgestellten 4. Punkt der Tagesordnung, „Agitation und Presse“, hat Stühmer, Hamburg, derselbe erstattet zu gleicher Zeit Bericht über die Tätigkeit der Reiner-Kommission. Die letztere schlägt vor, die Fünfer-Kommission befehlen zu lassen mit dem Sitz in Berlin...

Namens der Pressekommision berichtet Sabbath, Pannach ist der Stand der Fachzeitung ein günstiger, Klagen über die Haltung des Blattes sind nicht erhoben worden...

Ein Antrag Berlin verlangt die Verlegung des Verbandsorgans von Hamburg nach Berlin. Ein in begründet denselben mit der Thatsache, daß Berlin den Mittelpunkt der Bewegung bilde und darum eine engere Verbindung mit der Zeitung haben müsse...

Die Anträge der Reiner-Kommission werden ebenfalls angenommen.

Stühmer, Hamburg wird einstimmig als Redakteur der Fachzeitung wieder gewählt. Die Pressekommision wird entlassen und beauftragt, nach den bisher gültigen Grundrissen zu arbeiten.

Damit sind die Arbeiten des Kongresses beendet. Der Vorsitzende dankt für die Teilnahme und einen kurzen Ansprache und einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gegen 1 Uhr mittags den Kongress.

4. ordentlicher Verbandstag des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Eisenach, 15. Juli 1896.

Der Verbandstag wird nachmittags kurz nach 3 Uhr durch den Vorsitzenden Holzhauser, Jena, mit einem Hoch auf die Organisation eröffnet. Anwesend sind 33 Delegierte. Als Vertreter des Vorstandes nehmen teil: Holzhauser, Vorsitzender und Nachhülse, Jena, Kassirer; als Vertreter des Ausschusses: Bruns, Jena; als Vertreterin der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: Frau Köhler, Jena.

Nachdem eine Mandatsprüfungskommission und eine Geschäftsordnungs-Kommission gewählt, wird die Sitzung unterbrochen, um den beiden Kommissionen Zeit zur Erledigung ihrer Geschäfte zu geben. Um 5 Uhr werden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Der Antrag der Einzelmitglieder in Nürnberg, dem Kollegen Siemantel-Nürnberg, der ohne Mandat erschienen ist, ein solches zu erteilen, wird abgelehnt. Der Antrag

*) Der berühmte russische Staatsmann, Pozzo die Borgo, hat schon im Jahre 1814 klar und deutlich ausgesprochen, von welcher ungeheuren Bedeutung für Rußland die Annexion Polens war. Er meinte, die ganze moderne Geschichte Rußlands lasse sich auf diese Thatsache zurückführen.

war damit begründet, daß es infolge der polizeilichen Schereceien in Nürnberg unmöglich gewesen sei, eine umfassende Agitation zu entfalten. Das Mandat des Kollegen Godemann-Erfurt wird nach längerer Debatte für gültig erklärt, dagegen eine Resolution angenommen, welche die bei der Wahl vorgekommenen Unregelmäßigkeiten tadelt. In Vorständen werden gewählt Timm-Berlin und Bögeler-Mannheim. Nach Konstituierung des Bureau wird die Sitzung um 7 Uhr abgebrochen.

Die Generalversammlung des Unterstützungsvereins Deutscher Tabak-Arbeiter.

Stuttgart, 14. Juli.

Dritte Sitzung.

Der Vorsitzende Börner-Berlin eröffnet 1/9 Uhr die Sitzung. Es wird in der Beratung der Anträge zum Statut fortgefahren. Die Anträge auf Erweiterung des Rechts zum Bezug von Sterbegeld und von Umzugskosten werden abgelehnt, ebenso ein Antrag, der die Karenzzeit zum Bezug von Unterstützungen herabsetzen will. Ferner werden sämtliche Anträge, welche eine Verfürgung der Beiträge bezwecken, abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag, der verlangt, daß wenn eine Erhöhung der Beiträge notwendig wird, Vorstand und Ausschuss eine Urabstimmung zu veranlassen wird. Zwei Anträge, welche die Kleinrenten von 2 auf 3 Pf. per Kilometer erhöhen wollen und eine jährliche Mehrausgabe von ca. 15000 M. verursachen würden, werden wegen der finanziellen Schwierigkeiten zurückgewiesen.

Vierte Sitzung.

Der Vorsitzende Wlome-Bremen eröffnet nachmittags 1/3 Uhr die Sitzung. Es wird sofort in der Beratung der Anträge eingetreten, welche die Dauer der Kleinrentenunterstützung von 26 auf 13 Wochen herabsetzen wollen. Nach eingehender Debatte wird jedoch diesem Verlangen nicht entsprochen. Nach einem weiteren Beschluß sollen in einem Jahre nur 26 Wochen Unterstützung bezahlt werden; weitere Unterstützung soll erst dann wieder gewährt werden, wenn für weitere 26 Wochen der Beitrag bezahlt wird. Des weiteren wurde beschlossen, daß Mitglieder, welche ins Ausland reisen, sich ein dortigen, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation anzuschließen haben, andernfalls sie bei der Rückkehr nach Deutschland ihre Rechte am Verein verloren haben.

Zur Formulierung einer veränderten Fassung des § 11, welcher heute vorschreibt, daß jeder Streik 14 Tage vor Ausbruch beim Ausschuss angemeldet werden muß, ein Zustand, der allgemein als eine fast nicht durchzuführende Maßregel anerkannt wurde, wird eine Kommission von 8 Delegierten gewählt und hierauf nach Verlesung des Protokolls die Sitzung geschlossen.

Verfammlungen.

Die von den Frauen zum 15. Juli nach der Wollbrauerei einberufene Volksversammlung wies zu Anfang einen Teil unbesetzter Plätze auf. Hierauf bezugnehmend, drückte ein Mitglied namens W. B. in der Rede seinen Bedauern darüber aus, daß angesichts des gerade für die Frauen so wichtigen Themas diese nicht den Versammlungsraum bis zum allerletzten Platz füllten. Er schrieb diesen Umstand theils der hohen Temperatur, theils den vorgekommenen polizeilichen Eingriffen, mehr aber noch dem Umfange zu, daß am vorhergehenden Tage in denselben Bezirke eine gleichzeitige Versammlung die Teilnahme der Genossen und Genossinnen in Anspruch nahm. Hierin bekundete sich eine wenig einheitliche Organisation der Versammlungswesen, in einem Bezirk häuften sich die Versammlungen, wodurch andere Bezirke vernachlässigt wurden. Redner sprach die bestimmte Hoffnung aus, daß fortan derartigen Mängeln abgeholfen werde. Dem Vortrage über die Gewerbegerichts-Wahlen und deren Bedeutung für die Arbeiterinnen folgten die Versammelten mit lebhafter Aufmerksamkeit und gaben ihrem Einverständnis mit dem Gehörten durch ungetheilten Beifall Ausdruck. In der Diskussion beteiligten sich Frau Jansenwald, Genosse Joffel und der Referent. Letzterer beantwortete folgende Resolution, die seitens der großen Versammlung — inzwischen hatte der Saal sich gefüllt — einstimmige Annahme fand:

Die am 15. Juli in den Räumen der Wollbrauerei tagende, vorwiegend von Frauen besuchte Volksversammlung protestiert ganz energisch gegen die heutige Ausschließung der Frauen von den Gewerbegerichtswahlen; sie verlangt Gewährleistung des Wahlrechts für die Frauen und Selbstvertretung derselben beim Gewerbegericht.

Weiter verlangt die Versammlung Gewährleistung des aktiven und passiven Wahlrechts für die Frauen bei anderen Wahlen (den Reichstags-, Stadtverordneten-Wahlen etc.).

Zum Schluß erfolgte Bekanntgabe des zum Montag den 3. August von den Genossen und Genossinnen des zweiten Kreises in Aussicht genommenen Volksfestes in der Hafenstraße. Mit dreifachem Hoch auf die Frauenbewegung schloß die Versammlung.

Die Filiale Nord des Verbandes der Möbelpolierer hielt am 13. Juli eine Versammlung ab, in der Lederhaus über die Entwicklung der Gewerkschaften seit dem Jahre 1848 sprach. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Redners verschiedentlich ergänzt. Hierauf wurde der Vierteljahresbericht erstattet. An Stelle des zurückgetretenen Zahlstellen-Kassiers wählte die Versammlung das Mitglied Grochow. Zum Schluß wurde zu reger Beteiligung an der am 9. August stattfindenden Dampferpartie aufgefordert. Wilks zu einer Marx sind in den Zahlstellen zu haben.

Die regelmäßige Mitgliederversammlung des Verbandes der Bäcker und deren Berufsgenossen tagte am 14. d. M. Sandhoff eröffnete die Bestimmungen, den Bäckereischuß betreffend; an einer Debatte über diese Frage beteiligten sich Köpfer, Basille, Schappert und Böhm.

Arbeiter-Gildungslehre. Freitag Abend 9 Uhr bis 10 1/2 Uhr: Süd- und Ost-Bezirk, Holzhauser, 17. Rationales Konsumieren. (Die Maß Angeldes Leben. Bericht, Redner, Kapital.) Herr Dr. W. B. Böhmer. — Nord-Bezirk, Wähler, 17. Rationales Konsumieren. (Die wichtigsten Gesetze für die Kunst des öffentlichen Redens. Bericht von Anton eines Vortrag.) Herr Heinrich Schulz. Die Schulung sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Arbeiter-Vereinsabend Berlin und Umgebung. Vorsitzender Hr. Neumann, Tschelwitzer, 8. Uhr Besprechungen im Vereinslokal sind zu richten an Friedrich Korum, Waisenstraße, 49, p. 2. 2c.

Arbeiter-Vereinsabend Berlin und Umgebung. Besprechungen im Vereinslokal sind zu richten an Karl Müller, Meins Brunnstraße Nr. 7, 1. 2c.

Abend der gefälligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Alle Anfahrten, den Abend betreffend sind zu richten an: Hermann Sabu, Schönhauser Allee 177c.

Allgemeine Frauen- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (S. 29.) Berlin, Filiale 4. Sonnabend, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Frau, Waisenstraße, 21 (Oberer Saal). Tagesordnung: 1. Rollenbericht, 2. Geschäftsbericht.

Filiale Rummelsburg. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr bei G. Bangerger, Rummelsburg 44. — „Friedrich-Engels-Club“. Sonnabend, abends 9 1/2 Uhr, Rednerabend. 13 bei Becker, Ost-Berger-Straße, Aufnahme neuer Mitglieder.

Arbeiter-Bildungsschule.

Wegen plötzlich eingetretener Umstände findet die

General-Versammlung

bereits heute, Freitag, den 17. Juli, abends 8 Uhr,

bei Hoffmann, Alexanderstr. 27 c, statt.
Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren.
2. Anträge des Vorstandes (Sommerferien u. s. w.)
3. Verschiedenes.

Wir bitten die Mitglieder, mit Rücksicht auf die wichtigen Beschlüsse möglichst zahlreich zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.
Der Vorstand.

Große öffentliche Holzarbeiter-Versammlung

am Dienstag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, in „Louis Keller's Festsälen“, Koppenstraße Nr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung des internationalen Gewerkschafts-Kongresses in London. Referent Th. Glocke. 2. Bericht der Gewerbegericht-Beisitzer und Aufstellung der Kandidaten. 3. Bericht der Vertreter in der Gewerkschaftskommission und event. Wahl von Vertretern. 4. Bericht des Vertrauensmannes und Wahl desselben.

Die wichtige Tagesordnung macht es jedem Kollegen zur Pflicht, diese Versammlung zu besuchen.

Der Vertrauensmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin).

Bezirks-Versammlungen.

Rosenthaler- und Schönhauser Vorstadt: Montag, den 20. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in Mörchel's Salon, Schönhauser Allee Nr. 28.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Wie schützt sich der Arbeiter vor kapitalistischer Ausbeutung?“ Referent Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt. 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

Westen und Südwesten: Montag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, bei Jubril, Lindenstraße 106.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Hierzu sind die Kollegen der Werkstellen von Quarr, Blumenhalstr. 5, Reuter, Steinwegstraße 24, Reddemann, Groß-Oberschenstraße 55, und Scharwies, Schöneberg, besonders eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Die Verhältnisse in den obigen Werkstellen und wie stellen wir uns zu denselben? 2. Verschiedenes.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

801/17

Die Ortsverwaltung.

Heute, Freitag Abend bei Schöning, Köpnickestr. 68:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Maurer! Achtung!

Sonntag, den 19. Juli 1896, vormittags 10 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admiraistr. 18c:

Mitglieder-Versammlung der Filiale II Berlin des

Zentral-Verbandes deutscher Maurer.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Millarg.
2. Diskussion.
3. Gewerkschaftliches.

NB. Ganz besonders sind hierzu die Mitglieder vom Osten und Südosten eingeladen. Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden ausgenommen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Die Lokalverwaltung.

Achtung, Zimmerer!

Sonntag, den 19. Juli, vormittags 10 Uhr, in Cohn's Festsälen, Benthstr. 21/22 (gr. Saal):

General-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1896. 2. Vereinsangelegenheiten und Neuwahl der Rechtschutzkommission. 3. Vortrag: „Die Stellung der Presse und Behörden bei Lohbewegungen“. Referent H. Faber.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist durchaus notwendig.
Der Vorstand. J. H.: G. D. B.

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Zentralfranken- und Sterbekasse der Zimmerer (G. S. Nr. 2 Hamburg), örtliche Verwaltung Berlin.

Dienstag, den 21. Juli 1896, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Cohn, Benthstraße 21 (gr. Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1896. 2. Vortrag des Herrn Dr. Friedberg über: Krankheit und Gesundheitspflege. — Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand. J. H.: A. Grufe, Barnimstr. 41a.

Fachverein der Stellmacher

Berlins und Umgegend.

Sonntag, 19. Juli, vorm. 9 1/2 Uhr, bei Herrn Sabel, Rosenthalerstr. 57:

General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1896. 2. Welche Pflichten haben die Mitglieder dem Verein gegenüber. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Gesperrt

von der Lokalkommission ist das Lokal des Gastwirths W. Jacob, Treptow, Köpnicke Landstraße. Infolge dessen findet der Sommerachts-Ball des

Lese- und Diskutirkubs „Süd-Ost“

bei Otto, „Restaurant Karpfenteich“, statt.

Näheres ergeben die morgen folgenden Annoncen. Die ausgegebenen Billets behalten volle Gültigkeit, und bittet um desto regeren Besuch

Das Komitee.

Achtung, Töpfer!

Mittwoch, den 22. Juli, abends präz. 6 Uhr, im Lokal Köllig, Neue Friedrichstr. 44:

Sitzung der Vertrauensmänner.

194/8

Die Kommission.

Große öffentliche Versammlung der Dachdecker und Berufsgeossen

am Montag, 20. Juli, abends 8 Uhr, bei Herrn Gründel, Brunnenstr. 188.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom letzten Streik. 2. Entlastung der Lohnkommission und was gedenken wir ferner zu thun. 3. Verschiedenes.

Wir fordern alle, die noch im Besitz von Billets sind auf, dieselben so schnell wie möglich einzulösen zu wollen an Reuter, Brunnenstr. 65. Falls es nicht geschieht, sehen wir uns gezwungen, die Namen zu veröffentlichen.
Die Lohnkommission.

Fachverein der Holz- und Bretterträger

Berlins und Umgegend.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, 19. Juli, vorm. 10 1/2 Uhr, in Rieff's Festsälen, Webersstr. 17.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1896. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.

Die Mitglieder, welche mit ihren Monatsbeiträgen im Rückstande sind, werden ersucht, dieselben zu begleichen.
Der Vorstand.

Dekateure.

Sonntag, den 19. Juli 1896, vormittags 11 Uhr, bei Feind, Weinstraße 11:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2880/5

Um zahlreiches und pünktliches Besuch ersucht

Der Einberufer: F. Letzien.

Verband der Sattler und Tapezirer, Filiale I. General-Versammlung

am Sonnabend, den 18. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Pasch, Alte Jakobstr. 83.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen P. Dupont über: Die Berliner Gewerbe-Ausstellung. 2. Abrechnung vom 2. Quartal dieses Jahres. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Brauerei Friedrichshain.

Sonnabend, den 18. Juli:

Großer Sommernachts-Ball

der Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Arbeiter.

Die Musik wird von der „Vereinigung der Zivil-Vereinsmusiker“ ausgeführt. Anfang 6 Uhr. Entree für Herren 50 Pf., Damen 25 Pf. 289/3

Arbeitslose Mitglieder haben freien Zutritt. Das Komitee.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.



R.F. Mittelstädt's Original Löwenbitter ist aus passenden Kräutern abdestillirt be- fördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.

In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80.

Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Freund's Inselgarten, Pichelswerder. Für diesen Sonnabend ist ein Saal freigeworden. 55312*

Freund's Inselgarten Pichelswerder. Empfehle allen Vereinen, Gesellschäften u. s. w. ein idyllisch gelegenes Lokal zu Sommerausflügen. Dampfer-Frühstücks-Haltstello. Bei Krennfarn wird Brückenübergang vergütet.

Allen Freunden und Genossen empfehle mein 54192* Weiß- und Pilsener-Bier-Lokal, sowie Vereinszimmer für 50 Personen, noch jeden Tag frei.
Karl Schmidt, Köpnickestr. 2.

Stolpe bei Wannsee

Restaurant Lindenhof

Besitzerin Wwe. Mattausch empfiehlt Vereinen u. Gesellschaften seine inmitten herrlicher Waldung, unweit des Wannsees und Stolpe-sees gelegenen Lokalitäten. [52888*]

Sophastoff-Becke

in Rips, Damast, Crêpe, Phantastik, Gobelin und Plüsch Spotbillig!

Proben franks! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Quäferstraße Emil Lefèvre, Granienstraße 158.

Möbel-Gelegenheitskauf

passendste Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbelspeicher, Neue Königstr. 29, sollen ca. 200 Wohnangehörigkeiten, vertiegt gemessene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirkstoffkisten für 20, 100, 200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet. Beantw. ohne Anzahlung. Kleiderständer 15 Mark, Kommoden, Wäschespind 12, Aufbaum-Kleiderständer, Vertikons 20 Mark, Wäschepind 25, Vertikons mit Matrasen 18 Mark, Sophas 18, Säulenpindeln, Kleiderständer, hochlegant 60, Trümeaux mit Säulen und Kristallglas 60, Herrenschreibtisch, Plüschgarnituren 60 Mark, Pianoforte 75 Mark, Stühle, Tischdecken, Gardinen, Fenster 6 Mark. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei auf meinen Aufbewahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt, auch nach außerhalb. 45811*

Ausschneiden und abgeben.

Gratis

erhält Inhaber dieser Annonce (welcher meine Wäder noch nicht versucht) zur Probe ein 54992*

Loh-Tanninbad,

sicherste Heilung bei allen Haut-, Blut- u. Frauenkrankheiten, Folgen v. Quecksilberkur, Magen-, Nerven-, Nieren- und Blasenleiden, bewährt gegen Gicht und

Rheumatismus.

Prospekte mit hundertten von Dankschreiben Geheilte gratis und franko.

G. Münsel, Berlin,

Wallstr. 70,

Nou Cöln am Wasser 6-8,

Ansbacherstr. 19

und Pankstraße 32.

Wissen Sie schon

das Sie Brunnenstr. 110

(neben dem Pferdebahn-Depot) bei Ignatz Sello vorzügl. Limboor-, Kirsch- u. Fruchtsäfte, rein und dick, in feinst. Zucker eingel. 110 Mk. pr. Lit., Stonsdorfer inkl. Orig.-Fl. (1/4 Liter) à 80 Pf., Halb und Halb, feinste Sektmischung, Orig.-Flasche (1/4 Liter) inkl. à 90 Pf., alter Nordhäuser per Liter 50 Pf., modic. Ungarwein Orig.-Fl. (1/2 Liter) inkl. von 90 Pf. an, sowie sämtl. Sorten Wolne, Cognac's, Rum's u. Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu Engrospreisen beziehen. Ein Versuch sichert mir Ihre dauernde Kundschafft. Bitte genau auf No. 110 zu achten. Fernsprecher Amt III, 1211.

Brockhaus-Lexikon,

Meyer, Brehm's Thierleben, Bücher, ganze Bibliotheken jeder Wissenschaft kauft 112/15
Antiquariat Kochstr. 56.